

Klassenkampf im Kaufhaus
Versorgung und Sonderversorgung
in der DDR 1971 - 1989

Juliane Schütterle

Titelfoto:

Treppenstufen zum Konsum-Kaufhaus Teterow, 1966

Foto: Archiv Zentralkonsum eG, 11

Dr. Juliane Schütterle wurde 1978 in Thüringen geboren und lebt als freie Historikerin in Berlin. Forschungen zur Alltags- und Wirtschaftsgeschichte der DDR, Dissertation über die SDAG Wismut.

Aktuelle Publikation: Die DDR im Blick. Ein zeithistorisches Lesebuch, hrsg. mit Susanne Muhle und Hedwig Richter, Berlin: Metropolis 2008.

Diese Veröffentlichung stellt keine Meinungsäußerung der Landeszentrale für politische Bildung Thüringen dar. Für inhaltliche Aussagen trägt die Autorin die Verantwortung.

Landeszentrale für politische Bildung Thüringen
Regierungsstraße 73, 99084 Erfurt
www.lzt.thueringen.de
2009

ISBN: 978-3-937967-50-9

Inhaltsverzeichnis

| | |
|---|----|
| Hohlkörper und andere Verhängnisse | 5 |
| Klassengesellschaft im Handelssystem | 9 |
| Sonderbedarf I: „Parteiauftrag Berlin“ | 15 |
| Sonderbedarf II: Die Kumpels der Wismut | 27 |
| Sonderbedarf III: Politische Großereignisse | 35 |
| Die X. Weltfestspiele der Jugend und Studenten 1973 | 35 |
| Die 750-Jahr-Feier Berlins 1987 | 41 |
| „Unsere Kinder sollen die Südfrüchte nicht nur von Fotos kennen!“ Unmut, Beschwerden, Eingaben | 47 |
| Schlusswort | 57 |
| Abkürzungsverzeichnis | 58 |
| Anmerkungen | 60 |
| Literatur | 63 |

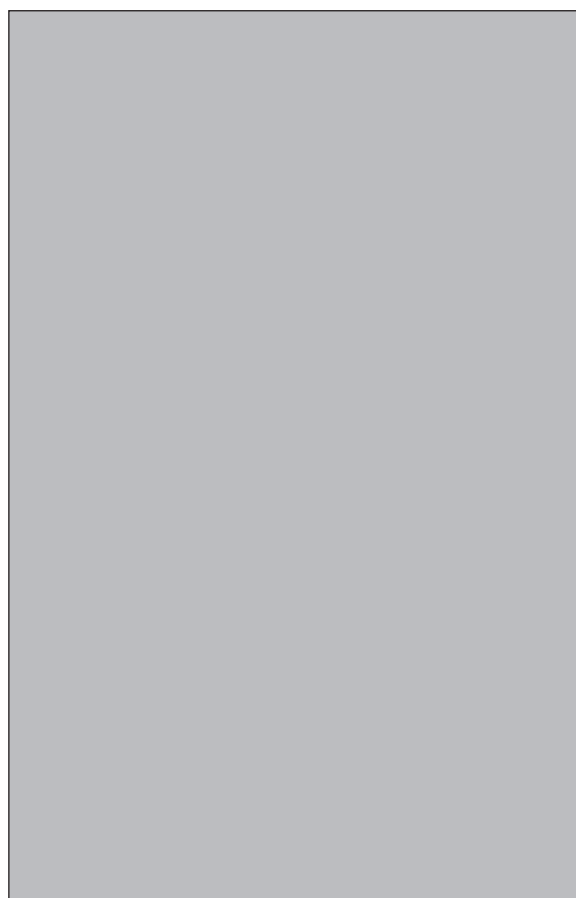
Hohlkörper und andere Verhängnisse

Erstes nebensächliches, aber lange diskutiertes Problem: die Hohlkörper, diese Weihnachtsmänner aus Schokolade, die es in keinem Laden mehr gibt. HDF: „Das Loch in den Hohlkörpern haben wir uns selbst organisiert.“ In drei Tagen seien 11 Tonnen davon verkauft worden, das heißt für jeden Einwohner im Kreis – vom Opa bis zum Säugling – zwei Stück.

Die restlichen vier Tonnen werden bis Weihnachten zurückgehalten. (Drei Monate später erzählt mir Klaus Martin Luther, dass sie derzeit im Kabelwerk als Nachttisch zum Mittagessen kostenlos einen Schokoladen-Weihnachtsmann erhalten. Restbestände).¹

Versorgung in der DDR war nicht nur eine wirtschaftliche, sondern vor allem eine politische Frage. Das führt der oben angeführte Auszug aus Landolf Scherzers Reportage „Der Erste“ beispielhaft vor Augen. „HDF“ – das ist Scherzers Protagonist Hans-Dieter Fritschler, 1987 Erster Sekretär der SED-Kreisleitung Bad Salzungen im Bezirk Suhl. Die Einheitspartei lenkte und kontrollierte die Geschicke des Landes in allen politischen, wirtschaftlichen und sozialen Bereichen. Deshalb war der Funktionär auch verantwortlich für banalste Versorgungsfragen wie die Verteilung von Schokoladenweihnachtsmännern. Und darin lag das Problem des Planwirtschaftssystems: Produktion und Verteilung wurden zentral und staatlich geleitet, sie folgten den politischen Überzeugungen einer kleinen Machteleite. Die kommunistische Konsumtheorie war geprägt von der Auffassung, dass das Verhältnis zwischen Produktion und Konsumtion

vom Plan bestimmt werden könne und nicht vom Markt mit Angebot und Nachfrage. Konsum sollte der Existenzsicherung und Bedürfnisbefriedigung dienen. Als Form der gesellschaftlichen Abgrenzung passte er nicht in das kommunistische Ideal der Gleichheit aller Gesellschaftsschichten. Doch schnell musste das SED-Regime erkennen, dass die Ideologie nicht mit der Realität zu vereinbaren war. Konsum und Versorgung dienten den Menschen in der DDR von Beginn an als Gradmesser für die Legitimität der Regierung.



Archiv Zentralkonsum eG, 9

Werbeaufsteller des Konsum Gera 1975

Bei Versorgungslücken zweifelte die Bevölkerung sofort an der SED und schimpfte über die „Bonzen“, den Ausverkauf an den Westen oder über die Sowjetunion, in die angeblich alle Produktion ging. Das Fazit lautete immer: Die Politik ist an allem schuld. Daher wurden die Konsumgüter bis in die höchsten Regierungsgremien hinein zum Gegenstand von Beratungen, Tagungen und Sitzungen.

Ob Fischkonserve oder Feinstrumpfhose, Schrankwand oder Schokoladenweihnachtsmann – überall versuchten die Funktionäre, Versorgungslücken, Engpässe, Produktions- und Lieferschwierigkeiten im Griff zu behalten und „von oben“ zu steuern. Wie oft sie damit scheiterten, zeigt der zweite Teil der eingangs zitierten Passage.

Die Wirtschaftspolitiker des Kreises Bad Salzungen errechneten in der ihnen eigenen technokratischen Logik, dass den Menschen im Vorweihnachtsgeschäft zunächst zwei Schokofiguren pro Person zustünden und verteilten daher nur 11 der 15 Millionen Tonnen. Die restlichen vier Millionen gedachten sie unmittelbar im Zuge der „Jahresendversorgung“ in die Läden zu bringen. Doch offensichtlich ging der Plan nicht auf, die Geschäfte blieben auf den süßen Figuren sitzen und zu Ostern verschenkte man sie in den Betriebskantinen.

Die ostdeutsche Wirtschaft war von Anfang an schlecht aufgestellt: Kriegszerstörungen, Reparationszahlungen und die Demontagen der sowjetischen Besatzer waren ein Teil des Problems. Die von Stalin verordnete Ablehnung des amerikanischen Marshall-Planes, der

nahezu allen vom Krieg betroffenen Ländern Europas Kredite zusicherte ein weiterer. In der Bundesrepublik wirkte der Marshall-Plan als Initialzündung für das „Wirtschaftswunder“. Im Wesentlichen jedoch waren die wirtschaftlichen Schwierigkeiten der DDR systemimmanent – ökonomisch rationale Entscheidungen standen in der zentralen Planwirtschaft stets hinter politischen Maßgaben zurück. Erst 1958 wurde die Rationierung aufgehoben, bis dahin konnten Nahrungsmittel und Konsumgüter nur über Lebensmittelkarten erworben werden.

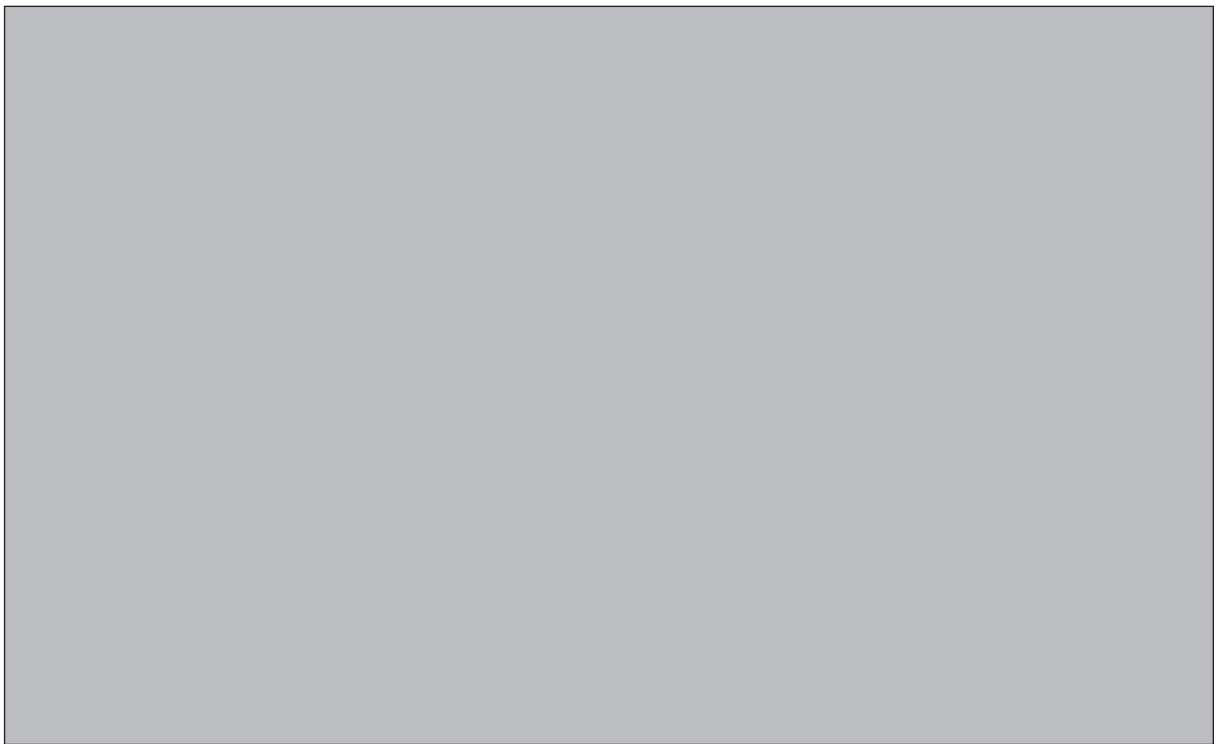
Staatliche Kampagnen, Aufrufe und Losungen zur Leistungsmobilisierung und Produktionssteigerung in den Betrieben wurden von den Menschen bald nur noch als Gängelei wahrgenommen. Denn der erhoffte und in Aussicht gestellte Lohn für ihre Mühen – Wohlstand und Prosperität – wollte sich nicht recht einstellen. Dazu kam der stetige Blick in den Westen Deutschlands.

Walter Ulbricht, Generalsekretär des ZK der SED von 1949 bis 1971 und de facto erster Mann im Staat, reagierte auf die wachsende Unzufriedenheit: Mit dem Schlagwort „Überholen ohne einzuholen“ plante er den Anschluss der DDR an das „Weltniveau“ zu erreichen, den Vergleich mit dem westlichen Handel aufzunehmen und den Unmut der Bürger über die mangelhafte Konsumgüterbereitstellung zu beseitigen. In der Konsequenz wurden die Löhne erhöht und die Handelskultur modernisiert. Neue Formen des Einkaufs (Selbstbedienung), die Einführung des Versandhandels, die Verbesserung des Verhältnisses von Verkäufer und Kunde, Ver-



Bundesarchiv 183-N0220-0004

Kaufhalle „Am Roederplatz“ im Neubaugebiet Weißenseer Weg-Leninallee in Berlin 1974



Bundesarchiv 183-1988-0325-010

Produktion des 3-Temperaturkühlschranks „Kühlautomat 320“ im VEB Kühlautomat Berlin 1988

brauch und Genuss charakterisierten diese Neuerungen. Vormalige „Luxusgüter“ wie Waschmaschinen, Kühlschränke, Autos und Telefone zogen langsam in die Haushalte der Bevölkerung ein.

Mit dem Machtwechsel von Walter Ulbricht zu Erich Honecker 1971 konzentrierte sich die Partei noch stärker auf Produktion und Verteilung von Konsumgütern. Die auf dem VIII. Parteitag der SED proklamierte „Hauptaufgabe“, die Einheit von Wirtschafts- und Sozialpolitik, sollte die eingemauerten Bürger der DDR mithilfe eines forcierten Wohnungsbauprogramms und eines reichhaltigen Konsumangebots zufriedenstellen. Denn das Trauma des 17. Juni 1953, als Zehntausende gegen die SED-Machthaber auf die Straße gegangen waren, saß auch bei Honecker noch tief. Eine satte und in Vollkomfortwohnungen lebende Bevölkerung würde sich nach seiner Auffassung viel leichter mit dem Gesellschaftssystem arrangieren können.

Einen Teil dieses Systems stellte die Sonderversorgung oder, wie es im Jargon der Planer hieß, Schwerpunktversorgung dar. Zu den Bereichen der Schwerpunktversorgung gehörten nicht nur die Nationale Volksarmee, das Ministerium für Staatssicherheit oder der Bundesvorstand der Einheitsgewerkschaft FDGB, sondern auch ökonomisch wichtige Großbetriebe. 1971 zählten 245 Industrie-

betriebe mit insgesamt mehr als 700.000 Beschäftigten zum System der Schwerpunktversorgung. Das waren über 12 Prozent aller Industriearbeiter, darunter die des VEB Carl Zeiss Jena oder des VEB Robotron Dresden.²

Zwei riesige und in der wirtschaftlichen Konsequenz für die DDR fatale Sonderversorgungssysteme stellten die Hauptstadt und der Uranerzbergbau dar. Sie sollen hier ebensolche Beachtung finden wie zwei strategisch wichtige Großereignisse, die bevorzugt mit Investitionen und Konsumgütern ausgestattet wurden: Die Weltfestspiele der Jugend und Studenten 1973 in Berlin sowie die 750-Jahr-Feier der Hauptstadt im Jahr 1987.

Eine Geschichte von Versorgung und Verteilung in der DDR muss also auch als Geschichte von Bevorzugung und Benachteiligung geschrieben werden. Diese Dualität gewinnt an Brisanz, wenn man an die im Staatssozialismus propagierte Gleichheit aller Menschen denkt. Die praktizierte Privilegierung einzelner Gesellschaftsbereiche machte die Herrschaftsträger daher nicht nur unglaublich, sie führte auch zu erheblichem Missfallen bei jenen, die nicht von ihr profitierten. Mit Beschwerden und Petitionen, die die Bevölkerung der DDR vornehmlich an die höchsten Staats- und Regierungsinstanzen sandte, wollten viele Menschen ihrem Ärger Luft machen.

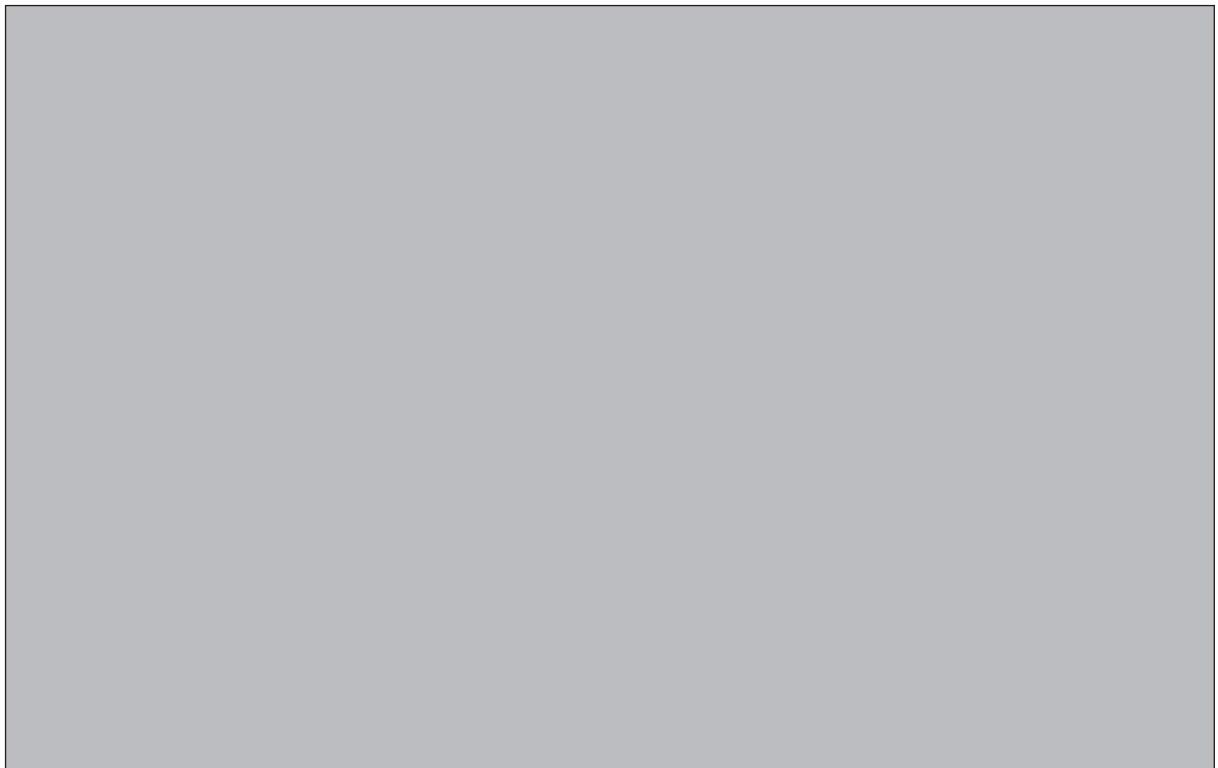
Klassengesellschaft im Handelssystem

Verantwortlich für Handel und Versorgung in der DDR war das gleichnamige Ministerium. Die zentralen institutionellen Säulen des Versorgungsnetzes stellten die Handelsorganisation (HO) und die Konsumgenossenschaft (im Volksmund kurz Konsum mit Betonung auf der ersten Silbe genannt) dar.

Am 18. Dezember 1945 wurden die von alten Genossenschaftlern betriebenen Verbände von der Sowjetischen Militäradministration in Deutschland (SMAD) wieder zugelassen mit der Auflage, nicht profitorientiert zu arbeiten. Wie alle Vereine und Organisationen der DDR ver-

pflichteten sich auch die Konsumgenossenschaften Mitte der Fünfzigerjahre, beim Aufbau des Sozialismus mitzuhelfen. Der Verband war nun nicht mehr allein ökonomisch, sondern vor allem politisch orientiert und in das System der Planwirtschaft integriert. Die Zahl der Mitglieder stieg schnell an; bis Mitte der Sechzigerjahre traten rund vier Millionen Bürger in den Verband der Konsumgenossenschaften (VdK) ein, dann allerdings stagnierte die Mitgliederentwicklung bis zum Ende der DDR.

Der vom Politbüro erteilte Versorgungsauftrag an den VdK bezog sich vor allem auf Dörfer



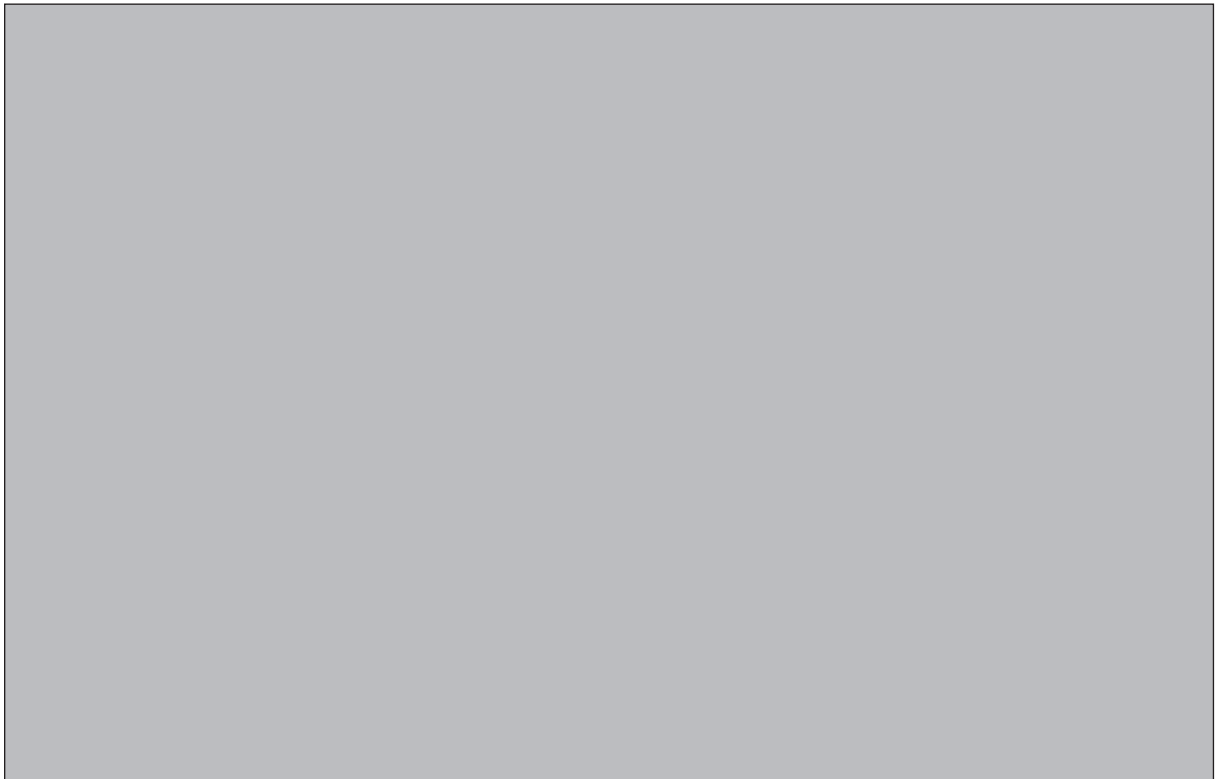
Ullsteinbild 00454133

Gemüseladen in der Warschauer Straße in Berlin 1989

und ländliche Gebiete. Mit der besseren Versorgung der Landbewohner erhoffte sich die Regierung in den ersten Jahren, die von der landwirtschaftlichen Kollektivierung beunruhigten Bauern sowie die vielen Tausend Vertriebenen und Flüchtlinge aus den ehemaligen deutschen Ostgebieten besänftigen zu können. Zwischen 1945 und 1963 entstanden daher 960 Verkaufsstellen und 240 Landwarenhäuser in Orten, in denen bisher keine Einkaufsmöglichkeiten existiert hatten. Verwunderlich allerdings erscheint es, dass die Funktionsträger trotz ständiger Fortschrittsbekundungen auch 30 Jahre später noch forderten, die Lebensbedingungen auf dem Lande denen in der Stadt „schrittweise anzunähern“.³ Dazu solle sich der Ver-

band darauf konzentrieren, eine durchgehende „bedarfsgerechte“ Versorgung der Bevölkerung mit Waren des Grundbedarfs und Industriewaren zu gewährleisten, die Eigenversorgung mit Obst und Gemüse durchzusetzen, den Gebrauchtwarenhandel stärker zu fördern und den Ausbau gastronomischer und kultureller Einrichtungen voranzutreiben. Und das am Ende der Achtzigerjahre.

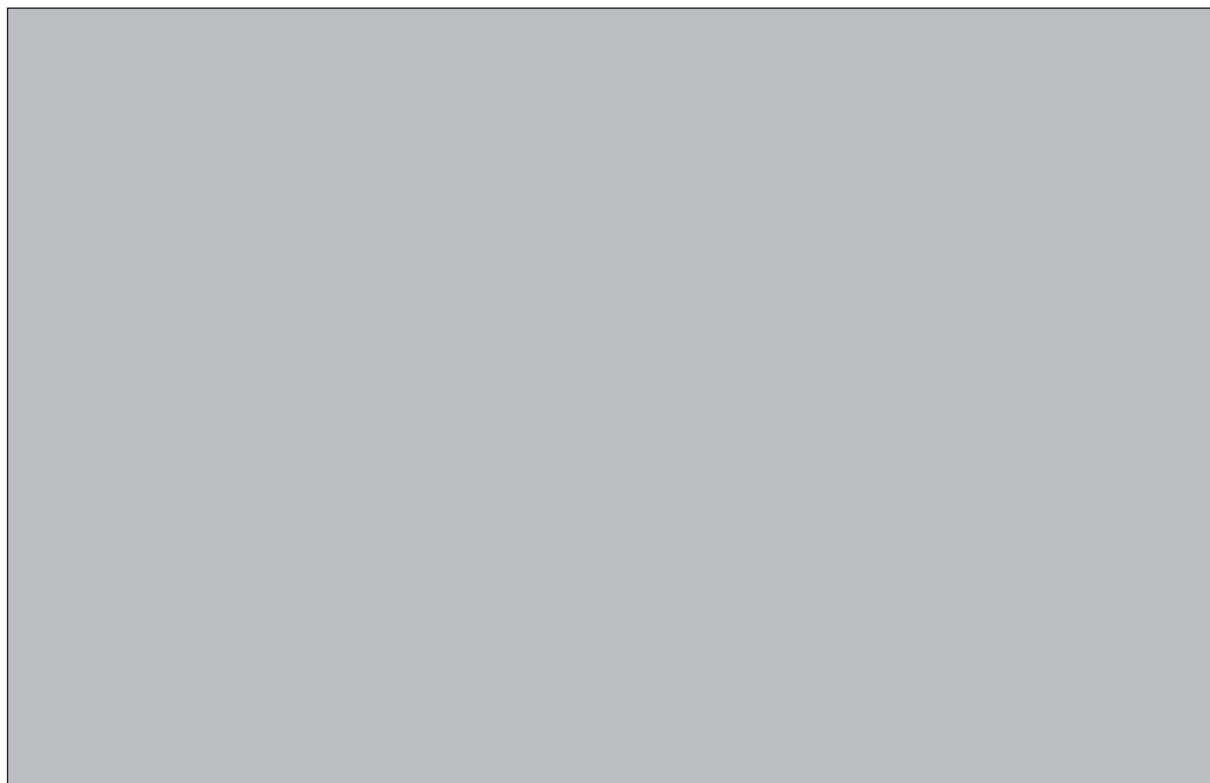
Die staatliche Handelsorganisation HO wurde 1948 gegründet und eröffnete die ersten „freien Läden“ in der Sowjetischen Besatzungszone (SBZ). Hier konnten die Bürger erstmals außerhalb des Schwarzmarktes Waren ohne Karten oder Bezugsscheine kau-



Ullsteinbild 00383449

fen, allerdings zu hohen Preisen. Damit gedachte man den Schwarzmarkt zu bekämpfen und die Versorgung der Bevölkerung zu verbessern, denn bis zur Abschaffung der Lebensmittelkarten 1958 hatte allein die HO das Monopol auf Mangelware und hochwertige Nahrungsmittel inne. Gleichzeitig aber sollte sich die Organisation zur Basis eines ausschließlich staatlich kontrollierten Handels entwickeln, in dem es keine privat geführten Geschäfte mehr geben würde. Tatsächlich konnte die Zahl der Privatläden durch Zwangsmaßnahmen und Repression immer weiter reduziert werden. Dennoch blieben sie im defizitären Versorgungssystem der DDR eine Oase von Warenfülle und Kundenfreundlichkeit.

Um auch in ihren Versorgungseinrichtungen „Weltniveau“ zu schaffen, richtete die HO 1962 Exquisit- und 1966 Delikatläden ein. Hier konnte man attraktive und hochwertige Produkte zu ebenso hohen Preisen in DDR-Währung erwerben, die es in normalen Geschäften entweder gar nicht oder nur als „Bückware“, also durch gute Beziehungen zum Verkaufspersonal, zu kaufen gab. Ob modische Kleidung, Kleinmöbel oder Feinkost – die Waren kamen nach einem staatlich festgelegten Prozentsatz von 60 zu 40 aus eigener und aus westlicher Produktion. Mit diesen Spezialläden begab sich die Staatsführung allerdings in ein ideologisches Dilemma, da ihre Konsumpolitik eigentlich auf soziale Gleichheit und gleichmäßig wachsenden Wohlstand für alle Bürger abzielte.



Ullsteinbild 00037097

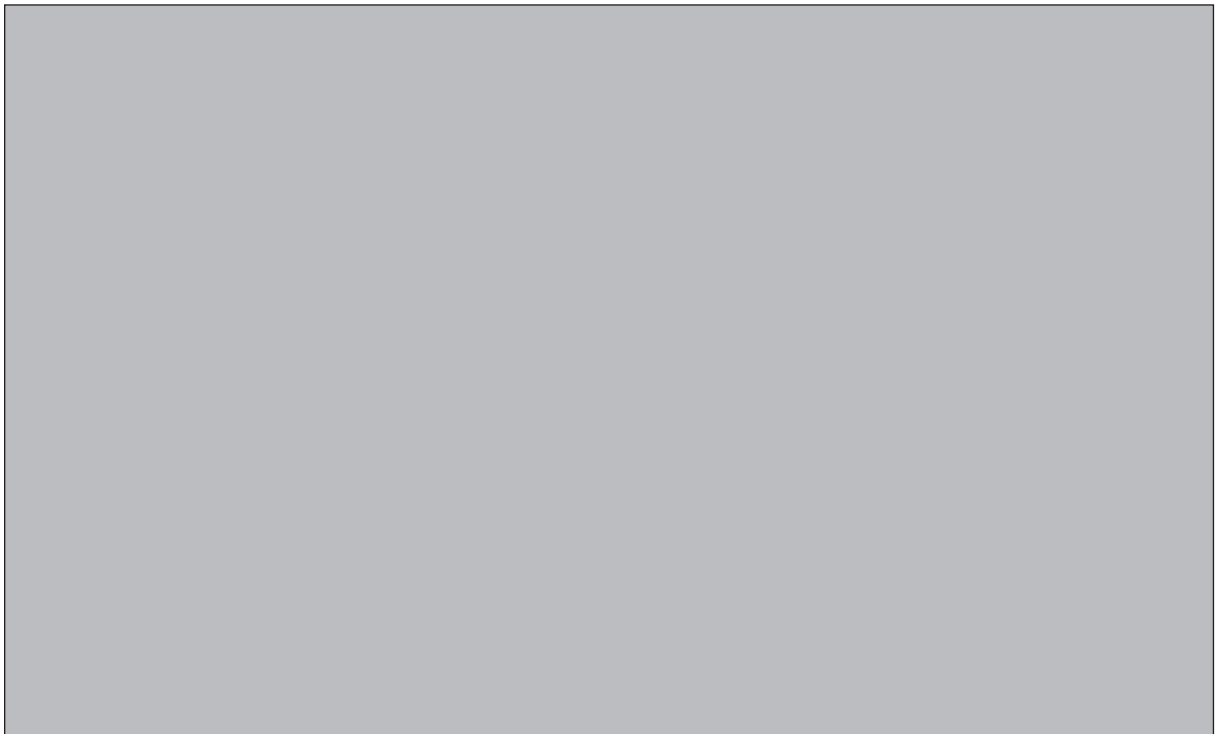
„Exquisit“ Unter den Linden 1982

Den Bürgern kamen manchmal Zweifel an der Richtigkeit einer solchen Einteilung der Läden – und somit indirekt auch der Kunden – in „Klassen“, die die SED doch eigentlich hatte abschaffen wollen. Dennoch wurden die Exquisit- und Delikatläden von der Bevölkerung sehr gut angenommen.

Die Exquisitläden unterstanden der HO, erlangten aber ab 1970 größere unternehmerische Unabhängigkeit mit der Gründung des Volkseigenen Produktions- und Handelsbetriebes (VHB) Exquisit. Das Unternehmen hatte ein Vorauswahlrecht bei Messen, unterhielt eigene Kontakte zu Produktionsbetrieben und wurde schließlich sogar einigen Firmen übergeordnet. Ähnlich verhielt es sich mit der Organisationsstruktur von Delikat.

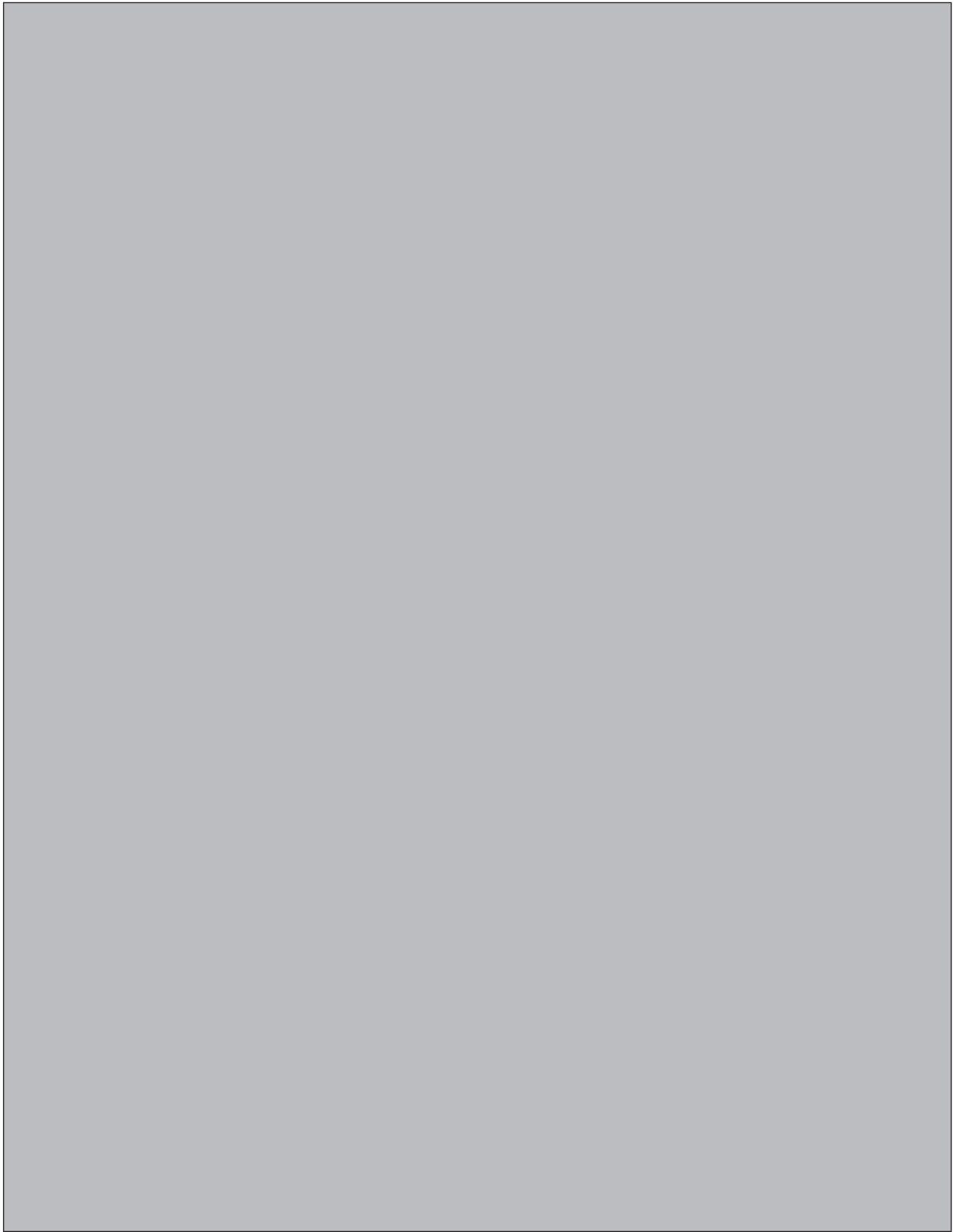
1978 wurde die im Volksmund als „Fress-Ex“ bezeichnete Ladenkette mit der Gründung als Zentrales Handelsunternehmen (ZHU) zum wirtschaftsleitenden Organ und genau wie Exquisit mit eigenem Fuhrpark, Lager und Valutafonds ausgestattet. Das bedeutete weitgehende Selbstständigkeit. Eine Erweiterung des Angebots erreichten die Entscheidungsträger mit der „Gestattungsproduktion“ – westdeutsche Unternehmen produzierten ihre Markenware wie Salamander-Schuhe oder Trink-Fix billiger in der DDR und traten dafür einen Teil der Produktion an den Binnenmarkt ab.

Die Politbüro-Beschlüsse zur weiteren Entwicklung von Exquisit und Delikat vom 12. Oktober 1977 und vom 28. Juni 1983



Ullsteinbild 00323376

„Delikatladen Havanna“ in Ost-Berlin 1969



Ullsteinbild 00949072

Titelbild von „Geschenke in die DDR“ – Katalog der Genex

waren eine Maßnahme, um den Wunsch der Bevölkerung nach qualitativ hochwertigen Konsumgütern zu befriedigen und gleichzeitig die Kaufkraft stärker abzuschöpfen: „Für Delikaterzeugnisse sind Delikatpreise festzulegen, mit denen in der Regel überdurchschnittliche Gewinne und Staatseinnahmen realisiert werden.“⁴, hieß es in einer Arbeitsvorlage an das Politbüro 1983. Hinter diesen Maßnahmen wurde die doppeldeutige Preispolitik des Regimes deutlich. Denn einerseits bedeuteten jahrelang unveränderte Preise für Grundnahrungsmittel, wie z. B. das viel zitierte Brötchen für 5 Pfennige, eine Heilige Kuh für Erich Honecker, da er auf diese Weise die Vorzüge einer sozialistischen Sozialpolitik demonstrieren zu können glaubte. Andererseits war die DDR von den Preiserhöhungen auf dem Weltmarkt ebenso abhängig wie von denen der Sowjetunion, die 1975 die Erdöl- und Erdgaspreise anhub. Mit der Qualitäts- und Preisoffensive bei den Exquisit- und Delikatläden bediente sich die Regierung also des Tricks versteckter Preiserhöhungen: Billigere Produkte verschwanden allmählich aus den Regalen, höherwertige oder manchmal lediglich hochwertig verpackte Waren zogen in die Verkaufsstellen ein.

So erhoffte man gleichzeitig, die immer stärker werdenden Forderungen der Bevölkerung nach Qualitätsprodukten zu befriedigen. Immerhin hatte diese nach Lohnerhöhungen Mitte der Siebzigerjahre auch ein höheres Einkommen zur Verfügung. Der „Kaufkraft“ standen aber oft keine Waren entgegen, sodass

die Ersparnisse der Menschen immer weiter anstiegen. Der Ausbau des Exquisit- und Delikatnetzes diente aber auch dazu, die versorgungspolitische Zweiklassengesellschaft zu entschärfen, die sich in einem weiteren Handelsstrang widerspiegelte. Denn wer im Besitz von Devisen oder zahlungskräftiger Westverwandtschaft war, hatte die Chance, wirklich attraktive, weil westliche Konsumgüter zu erwerben – dank Intershop und Genex.

Die beiden Handelssegmente waren ebenso lukrativ wie politisch inkorrekt und unterstanden dem Außenhandelsministerium. 1962 eingerichtet, sollten die Intershops zunächst Ausländern den Einkauf gegen konvertible Währung ermöglichen und dem DDR-Staat Devisen verschaffen. Ab 1974 durften dann auch die eigenen Bürger West-Geld besitzen und im Intershop einkaufen. Einem noch exklusiveren Kreis war der Genex-Geschenkdienst vorbehalten. Hier konnten die Bekannten, Verwandten oder Freunde aus der Bundesrepublik über Katalog Konsumwaren für ihre ostdeutschen Nachbarn bestellen – Schrankwände, Polstermöbel und sogar Autos wurden so in die DDR geliefert.

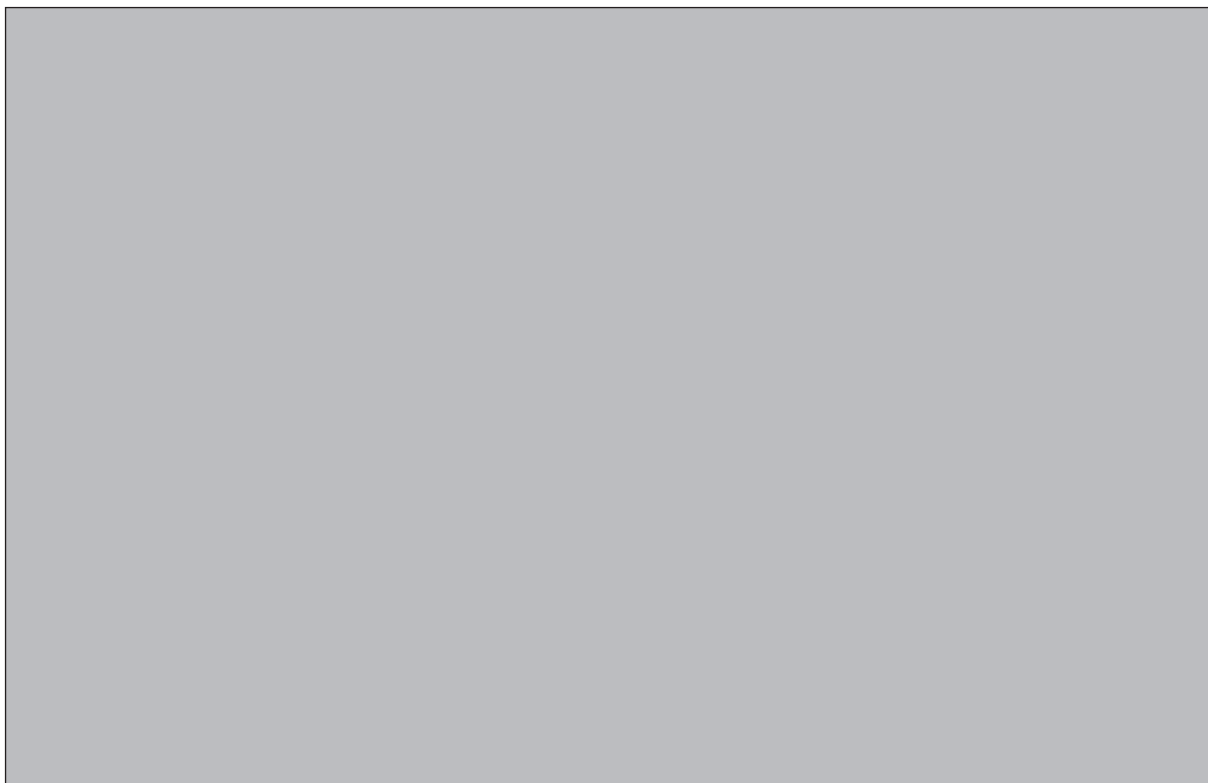
Wer also nicht zu jener privilegierten Kaste gehörte, die Westgeld besaß oder vom „Wohnort ihrer Tante“ profitierte, musste sich mit dem begnügen, was der staatliche Handel zu bieten hatte. Und auch dessen Angebot differierte nach den bereits erwähnten „Schwerpunkten“, allen voran die Hauptstadt der DDR, Ost-Berlin.

Sonderbedarf I: „Parteiauftrag Berlin“

Die Sonderversorgung Ost-Berlins als Hauptstadt der DDR hatte politisch-strategische Gründe. Die Hauptstadt repräsentierte den um Souveränität und Legitimation bemühten Staat DDR, sie war gleichzeitig Schaufenster und Gegengewicht zur „östlichen Speerspitze des Imperialismus in Europa, Westberlin“.⁵ Hatte die Berlin-Förderung bereits in den Sechzigerjahren begonnen, wurde sie unter Honecker noch forciert. Architektonische und städtebauliche Maßnahmen wie der Bau des Palastes der Republik oder des in der DDR einzigartigen Sport- und Erholungszentrums in der Landsberger Allee sowie die Errichtung

riesiger Plattenbausiedlungen an der Peripherie Berlins gehörten ebenso zur Imagekampagne des Staates wie die privilegierte Versorgung der Hauptstädter mit Nahrungs- und Konsumgütern.

Diese Entwicklung wurde von einer außenpolitischen Entspannung und Annäherung begleitet und begünstigt. Mit der internationalen Anerkennung der DDR, dem Beitritt zur UNO 1973 und der Unterzeichnung der KSZE-Schlussakte, dem Grundlagenvertrag mit der Bundesrepublik und den Berlin-Abkommen von 1970-1972 wurden weitere Schritte für



Bundesarchiv 183-N1114-343

Volkskontrollen in Berlin-Weißensee, um den Schwarzmarkt zu bekämpfen

eine wenn auch kontrollierte Öffnung getan. Im September 1971 hatten die Westmächte und die Sowjetunion nach langen Verhandlungen ein Berlin-Abkommen unterzeichnet, das die Entspannung der europäischen Politik und die Annäherung der beiden deutschen Teilstaaten zum Ziel hatte. Das Transitabkommen vom Dezember 1971 sollte den Besuchs- und Reiseverkehr zwischen Bundesrepublik und DDR erleichtern und im Mai 1972 wurde der Verkehrsvertrag in Kraft gesetzt. Dieser politische Meilenstein der deutsch-deutschen Annäherung machte die Mobilisierung des Ost-Berliner Handels erforderlich, denn zum Osterfest 1972 sollten aufgrund der neuen Reise- und Besucherregelung Ströme von Bundesbürgern in der

Hauptstadt eintreffen. Um die Schaufenster besonders zu füllen, gründete das Ministerium für Handel und Versorgung eine „Operativgruppe“. Sie zeichnete sich nicht nur für die „politisch-ideologische Vorbereitung“ der Mitarbeiter, sondern auch für die reibungslose Versorgung verantwortlich. Besonders im Stadtzentrum war die Task Force für die Einhaltung der Ladenöffnungszeiten, das Angebot von Nahrungsmitteln bis Ladenschluss, für Ordnung, Sauberkeit und Leergutrückführung verantwortlich. Neben der ausreichenden Bereitstellung von Brot, Fleisch, Milch, Bier und alkoholfreien Getränken forderten die Entscheidungsträger Schnelldienste, um Versorgungslücken sofort schließen zu können. Läden in den Berliner Fernbahnhöfen waren



Ullsteinbild 00007241

Transitreisende im Intershop in Magdeburg 1984

auch samstags und sonntags zu öffnen und ihr Sortiment dem „internationalen Tourismus anzupassen“. ⁶ Die angrenzenden Bezirke Potsdam und Frankfurt/Oder wurden ebenfalls in die Versorgungssicherung eingeschlossen.

Die Intershops erreichten an diesen Osterfeiertagen Rekordgewinne. Bis zum 9. April 1972 verzeichneten sie einen Umsatz von fast 10 Millionen Valuta-Mark (VM), das waren drei Millionen mehr als im Vorjahreszeitraum. ⁷ Die Verkaufsstelle Friedrichstraße erzielte mit 1,5 Millionen VM den höchsten Umsatz. Berauscht von diesem Erfolg, schlug der Sektor Handel die Eröffnung weiterer Intershop-Läden vor. In der Bornholmer Straße, der Chausseestraße, der Sonnenallee und der Oberbaumbrücke, in unmittelbarer Nähe der Grenzübergänge also, sollten rasch errichtete Fertighäuser als Intershops dienen.

Endgültig festgelegt wurde die Sonderstellung Ost-Berlins auf dem IX. Parteitag der SED 1976, wo man den Ausbau der Stadt zum „politischen, wirtschaftlichen und geistig-kulturellen Zentrum“ des Landes beschloss. Um die politische Unverrückbarkeit des Programms zu unterstreichen, aber auch um Ressentiments in der Bevölkerung vorzubeugen, betonte Konrad Naumann, Chef der SED-Bezirksleitung Berlin, es gebe kein „Privileg Berlin“, sondern einen „Parteiauftrag Berlin“. ⁸ Die Direktive des Politbüros sah nicht nur eine Verbesserung in den Sektoren Industrie, Dienstleistung, Bauwesen, Gesundheit sowie Bildung und Kultur in der Hauptstadt vor. Auch und vor allem der Berliner Handel musste noch effektiver werden. Geplant war daher der Neubau von 68 Kaufhallen und von zwei

Spezialläden für Gemüse mit je 2.000 Quadratmetern Verkaufsfläche. 143 bestehende Kaufhallen sollten zu Hauptverkaufsstellen für Waren des täglichen Bedarfs entwickelt, zwei Frischmärkte für Obst und Gemüse mit einem „exakt geregelten“ Frischdienst ausgestattet und aus dem havelländischen Obstanbaugebiet beliefert werden. Neuerungen im Gaststättennetz betrafen die Erweiterung um 43 Restaurants mit 11.000 Plätzen, die Sanierung von 95 Lokalen in Altbausubstanz und die Wiedereröffnung von „Ausflugs- und Biergaststätten“. Im neuen Stadtbezirk Marzahn waren Verkaufsstellen, Dienstleistungseinrichtungen, Bier- und Weinstuben, Cafés und Imbissbuden einzurichten, die „in Leistungsfähigkeit und Attraktivität ein Beispiel für den sozialistischen Handel der nächsten Jahre“ bilden würden. Backwaren- und Getränkeproduktion sollten so verbessert werden, dass die „sortiments- und qualitätsgerechte Versorgung der Berliner und ihrer Gäste zu jeder Jahreszeit mit hohem Niveau gewährleistet wird.“ ⁹

Die materiellen und finanziellen Aufwendungen für dieses Unternehmen wurden in den offiziellen Dokumenten der Parteitage nicht erwähnt. Handelsausrüstungen, Lastwagen, Spezialfahrzeuge, Gefiertechnik und Reparaturkapazitäten waren nötig, um die Beschlüsse durchsetzen zu können. Außerdem wurden 25 Prozent aller materiellen Investitionen des Binnenhandels für die Hauptstadt eingeplant.

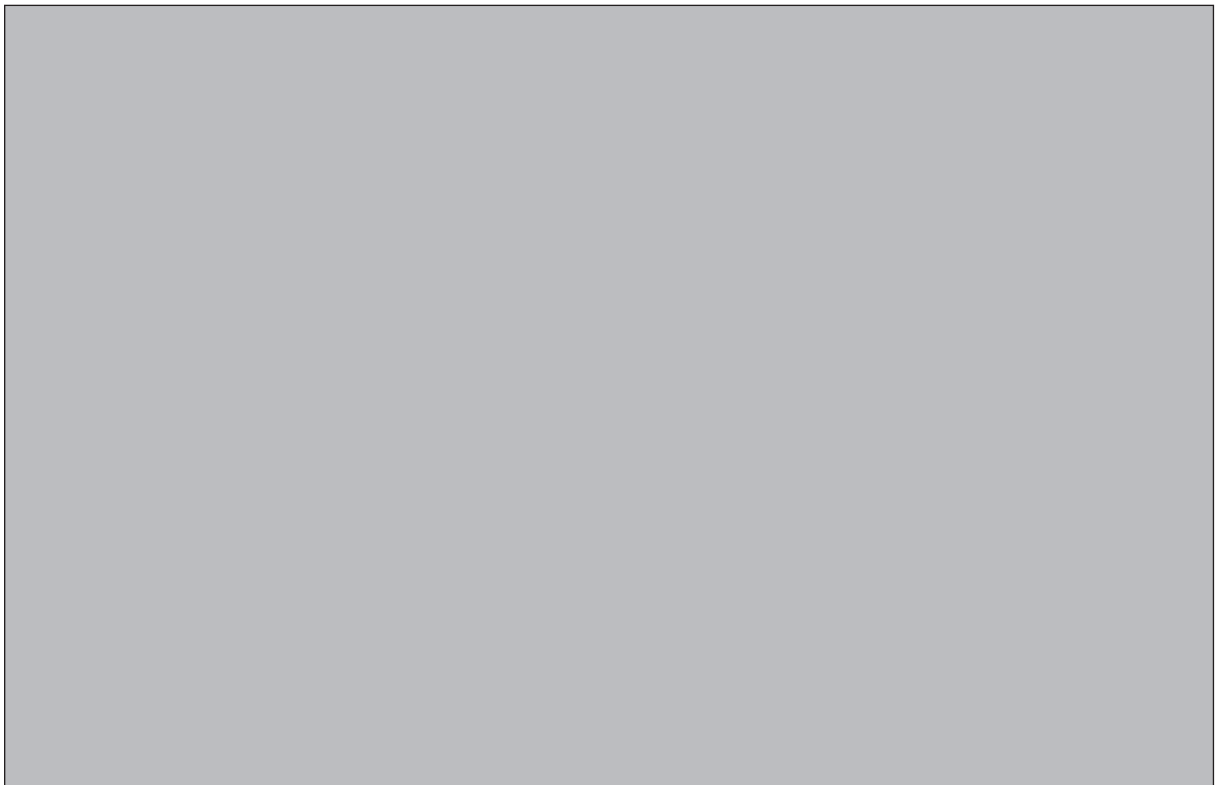
Kurzfristige Sonderbeschlüsse halfen, in dem ansonsten sehr behäbigen Planwirtschaftssystem den Vorrang Ost-Berlins zu gewährleisten. So kamen 1983 85.000 Paar neu entwickelter Turnschuhe außerplanmäßig in die

Läden. Neun „ausgewählte Verkaufsstellen“ sowie das Centrum-Warenhaus am Alexanderplatz wurden angewiesen, die Neuentwicklungen in ihr Sortiment aufzunehmen. Diese zeichneten sich durch „moderne Gestaltung, sportschuhgerechtes Obermaterial aus Leder und textilen Flächen sowie qualitativ gute Sohlen“ aus.¹⁰ Bei Einkaufsmessen sollte Berlin das Vorkaufsrecht erhalten, vor allem bei „Spitzenmodellen mit geringen Stückzahlen (z. B. Wohnraumleuchten)“. Derlei Sonderregelungen stießen oft auf Unverständnis bei den Leitungskadern aus anderen Bezirken.

Hochwertige technische Konsumgüter wie z.B. Elektrogeräte wurden ebenfalls vorrangig in der Hauptstadt angeboten. Radios, Spiegel-

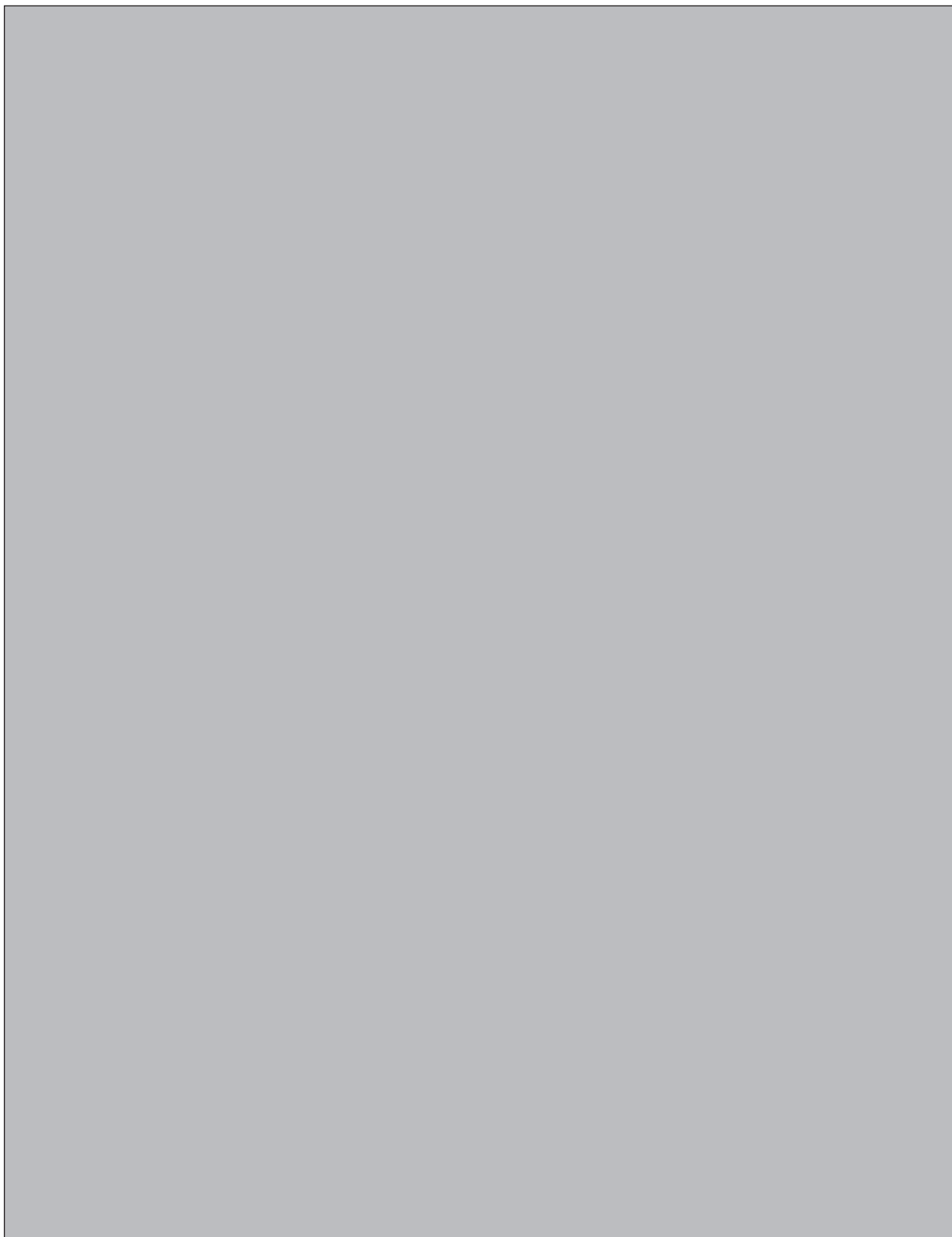
reflexkameras, Orientteppiche oder modische Kleidung – alles kam zuerst in den Berliner Handel. 1985 betrug der Ausstattungsgrad je 100 Haushalte in Berlin bei Farbfernsehgeräten 48, bei Tiefkühltruhen 81 und bei PKWs 52 Stück. Das war höher als der Republikdurchschnitt, der bei Farbfernsehern 38, bei Gefriertruhen 29 und bei Autos 48 Stück pro 100 Haushalte betrug.¹¹ Auf das wohl begehrteste aller Konsumgüter, das Auto, musste man in der Hauptstadt „nur“ 11 anstatt der üblichen 13 Jahre warten.

Die Ungleichheit bei der Verteilung der Waren spielte aber nicht nur im Binnenhandel, sondern auch innerhalb des Exquisit- und Delikatnetzes eine Rolle. Für die Hauptstadt Berlin



Ullsteinbild 01000958

Eingang zum Centrum-Warenhaus am Berliner Alexanderplatz



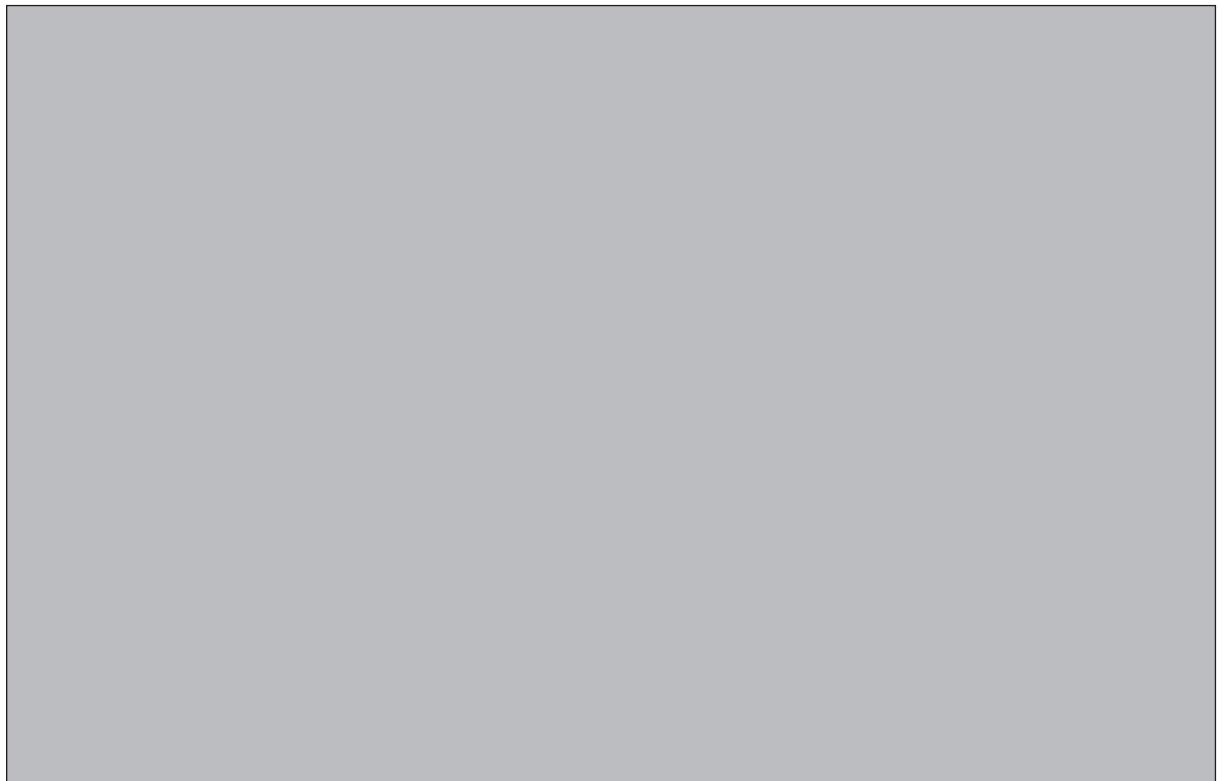
Privatarchiv Juliane Schütterle

Aus einem Katalog des Centrum-Warenhauses

wurde hier ebenfalls eine vorrangige Versorgung festgelegt, was zu einem raschen Anstieg von Ladenöffnungen führte. Die Anzahl der Exquisit-Geschäfte verdreifachte sich in der Zeit von 1977 bis 1980 auf 30 Salons und Boutiquen. Die Karl-Marx-Allee war als eine der großen Magistralen in der Mitte Berlins ein wichtiger Standort, um den Fortschritt des sozialistischen Systems bei Konsumgüterproduktion und Handel unter Beweis zu stellen. Allein von 1965 bis 1979 eröffneten sechs Exquisitgeschäfte, die mit insgesamt 980 Quadratmetern anteilig 17 Prozent der Verkaufsraumfläche aller 28 Textilwarenläden in der Karl-Marx-Allee stellten.¹² Zur Sicherung eines „effektiven Warenumschlages“ für die Exquisitläden schloss das Unternehmen 1978

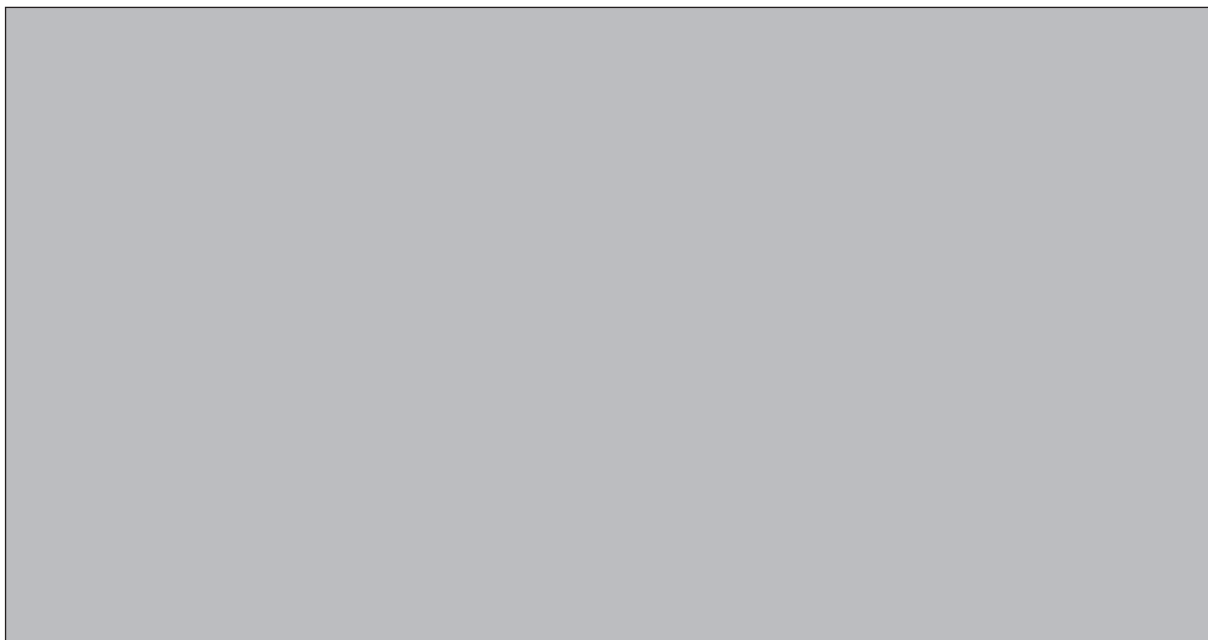
Vereinbarungen mit dem Großhandelslager Textil- und Kurzwaren und dem Zentralen Warenkontor (ZWK) Schuhe und Lederwaren ab. Damit sollten die Berliner Großhandelsbetriebe bei der Belieferung des Exquisit entlastet und stattdessen die Bezirke in die Pflicht genommen werden. Die Importlager Schuhe und Lederwaren in Halle und Großenhain übernahmen nun ebenfalls die Belieferung der hauptstädtischen Exquisitläden.

Mit 268 Millionen Mark Einzelhandelsumsatz im Jahr 1980 machte der Berliner Exquisit 22 Prozent des Gesamtumsatzes Textil/Bekleidung/Schuhe/Lederwaren in der gesamten DDR aus, während der Anteil von Exquisit in den Bezirken bei nur bis zu 13 Prozent lag.



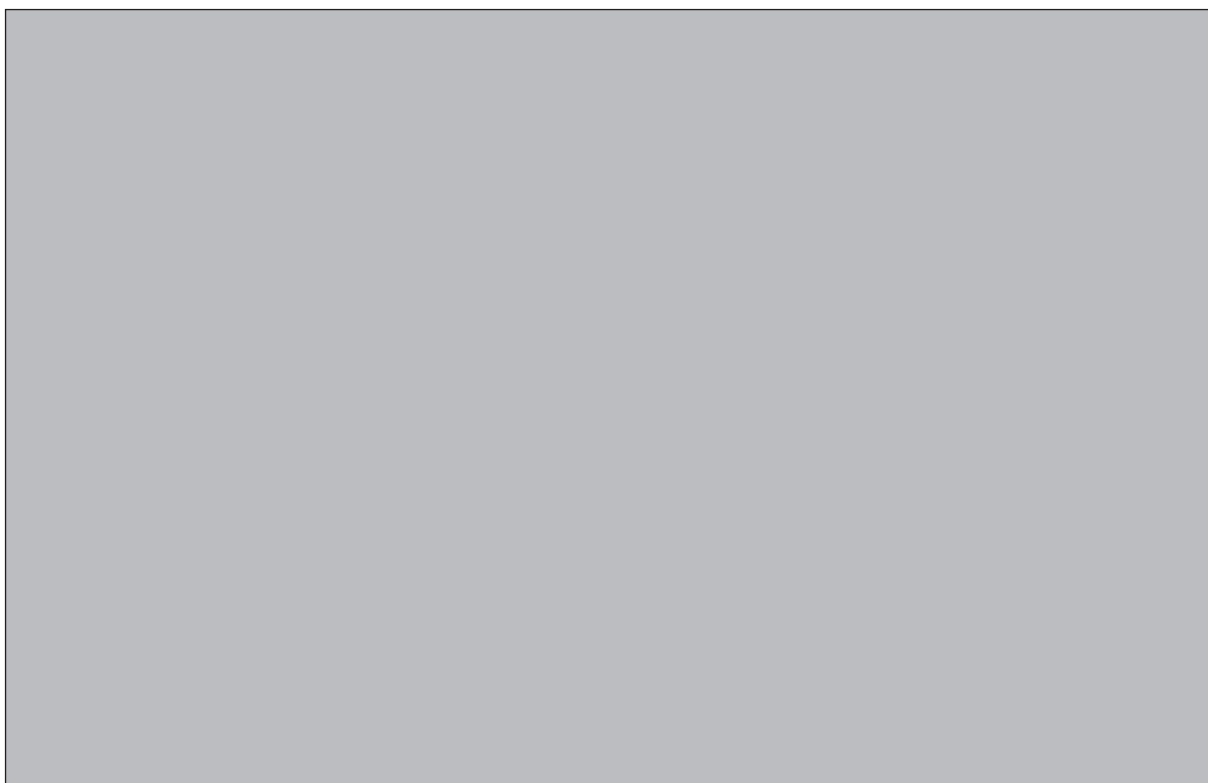
Ullsteinbild 00509124

Fernseh Abteilung des Centrum-Warenhauses in Berlin



Archiv Zentralkonsum eG, 15 a

Begrenztes Angebot: Jugendmode in Halle/Saale, 1987.



Ullsteinbild 00349640

Textilkaufhaus „Treffpunkt“ in Halberstadt 1970

Dieser Unterschied war unter anderem den extrem hohen Preisen geschuldet. In Berlin wohnte aber nicht nur eine zahlungskräftigere Kundschaft als in Suhl oder Gera, dort wurde auch das „gesamte Exquissortiment komplex angeboten.“ Oft kam es deshalb vor, dass Touristen aus der Provinz der DDR in Berliner Exquisitgeschäften Produkte erwarben, die in den heimatlichen Spezialläden nicht zu finden waren. So manches Mal nahmen sich die Bürger aus kleineren Ortschaften extra einen Urlaubstag, um zum „Shoppen“ nach Berlin zu fahren. Die Familie der Autorin beispielsweise setzte sich am frühen Morgen eines Apriltages 1988 in ihren „Trabant“, um in der 300 Kilometer entfernten Hauptstadt Kleidung einzukaufen. Anlass war die Konfirma-

tion des ältesten Sohnes. Die Vorbereitungen für eine große Familienfeier nahmen in der DDR ohnehin meist mehrere Wochen ein, da es frühzeitig Wurst, Fleisch und Backzutaten zu erstehen galt. Aber auch bei der Festbekleidung mussten die Eltern Heranwachsender strategisch vorgehen. Da zur selben Zeit die staatlich verordnete Jugendweihe stattfand, „jagten“ unzählige Familien durch die Geschäfte oder reihten sich geduldig in lange Warteschlangen vor den Jugendmodegeschäften ein. Schoss der Körperbau des Jugendlichen dann auch noch über das normale Maß der angebotenen Konfektionsgrößen hinaus, bot ein nervenaufreibender Ganztagsausflug in die Hauptstadt die letzte Chance, fündig zu werden. Modische Vorlieben



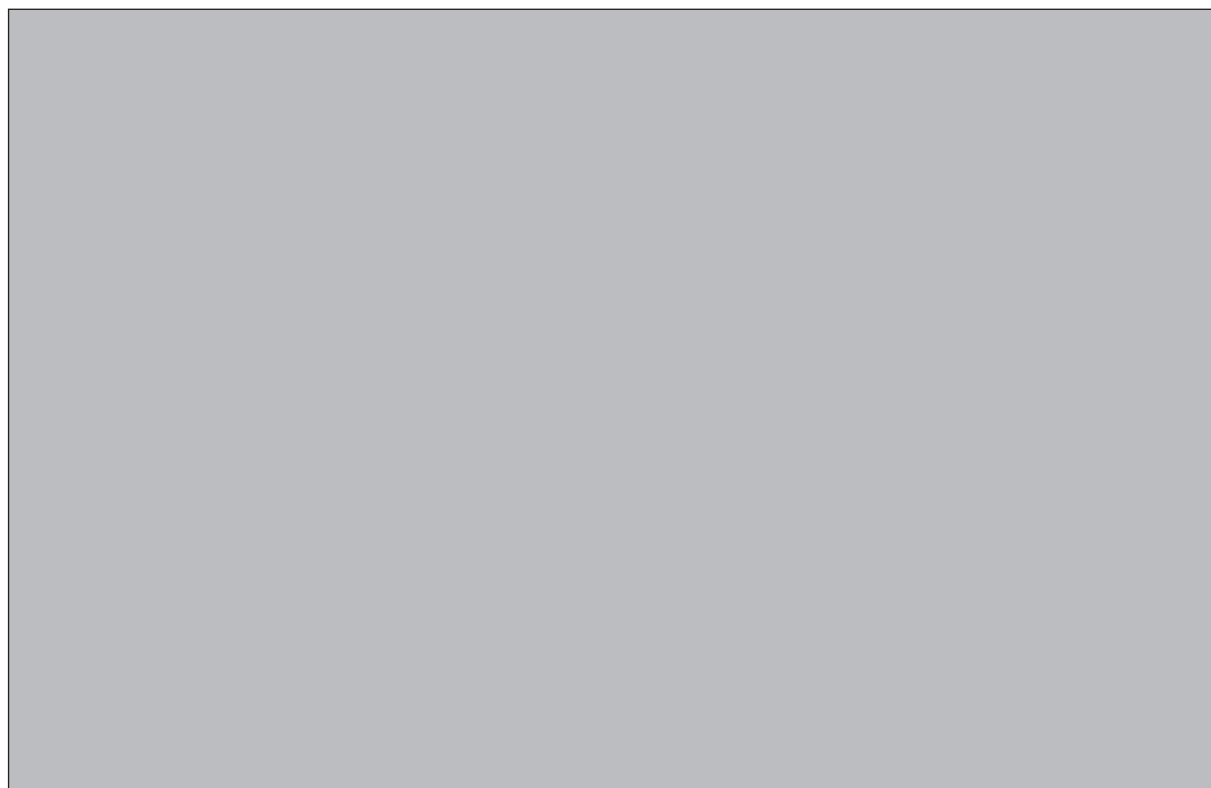
Bundesarchiv 183-R0906-0023

Seit dem 06.09.1976 verfügte Suhl über ein Jugendmodezentrum

blieben im Grau-Braun-Einerlei der wenigen Modelle meist auf der Strecke.

Die Berliner Geschäfte erfreuten sich derart großer Beliebtheit, dass beispielsweise bei der Eröffnung der Exquisit-Damen- und Herren-Boutique am 18. Juli 1979 im Palast-Hotel Kundenabsperungen nötig waren. Der Laden im Erdgeschoss des Hotels, dessen Ausstattung

nach Meinung der Funktionäre „internationalen Maßstäben“ entsprach, führte auf einer Gesamtfläche von 160 Quadratmetern Kleidung, Kosmetik und Accessoires. Schon am ersten Öffnungstag um 10 Uhr morgens herrschte ein solcher Andrang, dass zusätzliche Verkäuferinnen eingesetzt werden mussten. Der Umsatz dieses Tages lag bei 36.000 Mark.



Archiv Zentralkonsum eG, 15 a

Jugendmode-Kaufhaus in der Brüderstraße in Berlin, vermutlich in den Achtzigerjahren

Auch das Netz der Delikatläden wurde ab 1977 spürbar ausgebaut. In Berlin stieg ihre Zahl in drei Jahren von sieben auf 24 – das waren so viele Läden wie im gesamten Bezirk Gera. Mit einer Versorgungsleistung von 400 Millionen Mark erbrachte die Hauptstadt 19 Prozent des gesamten Delikatumsatzes und

17 Prozent des Einzelhandelsumsatzes Nahrung- und Genussmittel der DDR. In den Bezirken lag dieser Anteil bei fünf bis acht Prozent. Bis 1985 sollte sich der Umsatz auf 580 Millionen Mark erhöhen. Meist wurden die Delikaterzeugnisse in den Kaufhallen angeboten, spezielle Abteilungen konnte man 1984

in neun Berliner Kaufhallen finden. Darüber hinaus gab es zwei Feinkosthäuser (das größte und wohl bekannteste befand sich in der Leipziger Straße), 30 Delikatverkaufsstellen und 34 Fachverkaufsstellen. Delikatprodukte wurden auch in 200 Gaststätten angeboten.

Der Sonderstatus von Exquisit und Delikat in der Hauptstadt drückte sich nicht nur in vorrangiger Versorgung und Entwicklung des Verkaufstellennetzes aus. Auch die Anzahl der Beschäftigten war deutlich höher als in den anderen Bezirken. In 13 Berliner Delikatläden waren 1978 mehr als 300 Verkäuferinnen und Verkäufer beschäftigt, bei Exquisit arbeiteten über 400 Menschen in 23 Verkaufseinrichtungen.¹³

In den Bezirken waren im Durchschnitt 80 Beschäftigte in acht bis zehn Geschäften angestellt, in den Südbezirken etwas weniger, in Ballungsgebieten wie Dresden, Leipzig oder Karl-Marx-Stadt mehr. Überdies war die Arbeit in der Hauptstadt lukrativer als im Rest der Republik: Ihren Gehaltsgruppen entsprechend verdiente das Berliner Verkaufspersonal zwischen 50 und 100 Mark mehr als ihre Kollegen in der Provinz.

Die hohe Verkäuferdichte war dem Konzept von Exquisit und Delikat geschuldet: Individuelle Bedienung und Beratung in einer angenehmen Verkaufsatmosphäre anstelle der sonst üblichen Selbstbedienung. „Verkaufskultur“ und Kundenfreundlichkeit soll-



Archiv Zentralkonsum eG, 5 1978

Verkaufsgespräch in der Funk-Verkaufsstelle Bad Freienwalde 1978

ten sich bewusst vom Üblichen abheben. Denn in den Geschäften der DDR herrschte meist ein rauer Ton und der Kunde war keineswegs König. Zu diesem Zwecke richtete der Berliner Handel ein Schulungszentrum ein, in dem die Verkäuferinnen alles über Warenkunde, Verkaufs- und Werbestrategien lernen konnten.

Trotz der großen Erfolge gingen die wachsenden wirtschaftlichen Defizite des Landes auch an Exquisit und Delikat nicht spurlos vorüber. Nicht alle Exquisit-Verkaufsstellen entsprachen 1980 in Ausstattung, Technologie und Warenpräsentation dem „Niveau eines hauptstädtischen Handels“, wie Kontrolleure kritisierten. Und auch die Lieferverzögerungen der Industrie gefährdeten die reibungslose Versorgung mit Exquisiterzeugnissen. Im zweiten Halbjahr 1979 entsprachen diese Lieferrückstände einem Wert von sechs bis acht Millionen Mark monatlich.

Besonders im Bereich der Damenoberbekleidung für „die stärkere Frau“ und bei Schuhen war es nicht möglich, der „differenzierten Nachfrage“ nachzukommen. Unzureichende Vertragsabschlüsse mit den Produktionsbetrieben und mangelhaftes Angebot bei Kleidung, Damenhandtaschen und Straßenschuhen kennzeichneten die Jahreswende 1979/1980.

Das gilt nicht nur für Exquisit und Delikat. Denn trotz vorrangiger Versorgung der Hauptstadt, zu deren Zweck oft Warenfonds für andere Bezirke gekürzt werden mussten, kam es auch hier zu Engpässen und Distributionsproblemen. Lange Warteschlangen an den Läden von HO und Konsum waren in Ost-Berlin nicht unbekannt. Nur eben nicht in der alltäglichen Intensität wie in Neubrandenburg oder Bitterfeld.

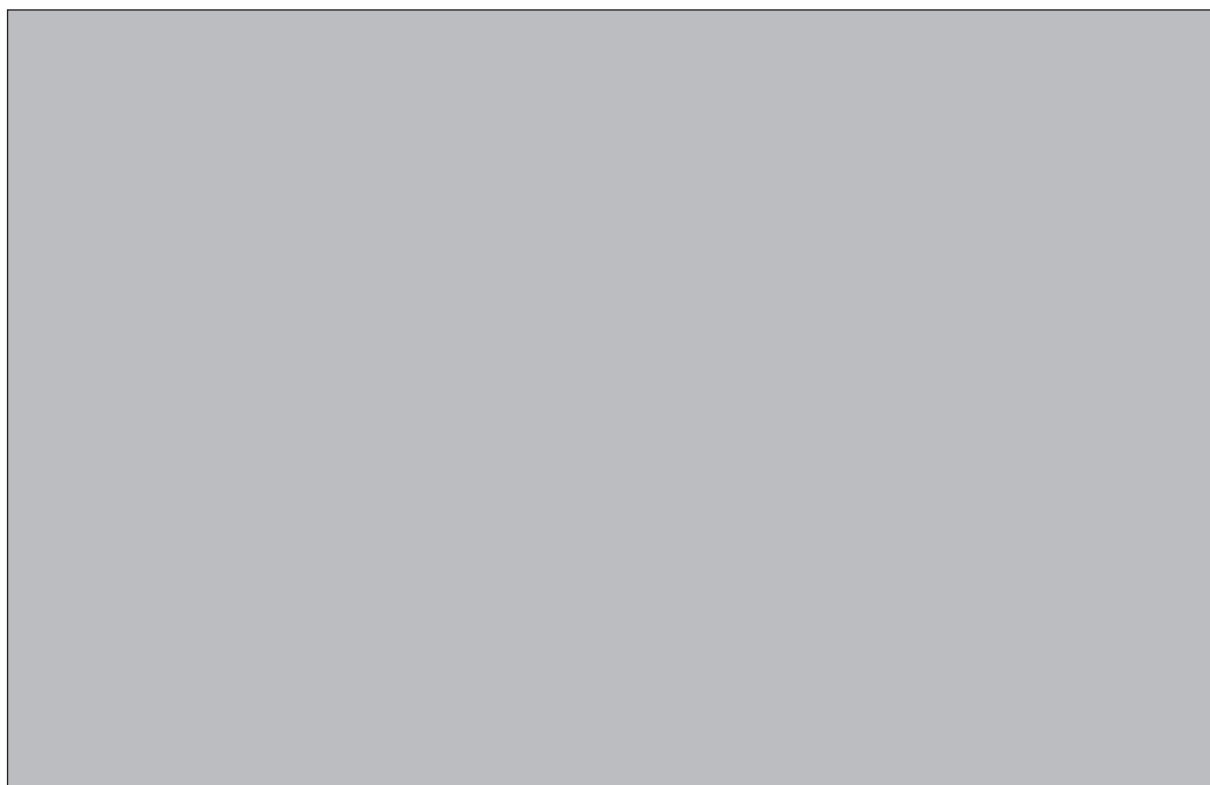
Sonderbedarf II: Die Kumpels der Wismut

Im Gegensatz zur Hauptstadt der DDR wurde der Uranerzbergbau nicht seiner Außenwirkung wegen stark privilegiert. Hier ging es vor allem um den inneren Zusammenhalt der Belegschaft.

Der strategisch wichtige Großbetrieb wurde 1945 von sowjetischen Geheimdienstmitarbeitern eröffnet, um Uranerz für das sowjetische Atomwaffenprojekt abzubauen. Unter Verbrämung des eigentlichen Zieles wurde das Unternehmen als Sowjetische Aktiengesellschaft (SAG) „Wismut“ gegründet. Doch auch nach 1953, als die UdSSR alle noch ver-

bliebenen SAG-Betriebe an die DDR zurückgab, blieb der Uranerzbergbau den Interessen der Sowjetunion verpflichtet. Als Sowjetisch-Deutsche Aktiengesellschaft (SDAG) lieferte er bis 1989 jedes Kilogramm des strahlenden Rohstoffes ausschließlich an den „großen Bruder“ und war mit einer Liefermenge von mehr als 200.000 Tonnen somit drittgrößter Uranproduzent der Welt.

„Erz um jeden Preis“ hieß die Devise der Anfangsjahre – schließlich sah sich Stalin gezwungen, mit Hilfe der ostdeutschen Ressourcen das Nuklearwaffenmonopol der



Bundesarchiv 183-16452-0001

Kumpel nach ihrer Schicht bei der Wismut

USA zu brechen, die in Hiroshima und Nagasaki die Existenz ihrer Atombombe unter Beweis gestellt hatten. Werbeaktionen und Zwangsverpflichtungen führten Ende der Vierzigerjahre zu einer Massenwanderung ins Erzgebirge. Die Bevölkerung sah sich mit einem Zustrom Tausender Arbeitskräfte konfrontiert, unter denen sich viele Kriegsheimkehrer, Flüchtlinge, Kriminelle und andere gescheiterte Existenzen befanden. Zusammen mit Zwangseinquartierungen, überfüllten Unterkünften und mangelhaften Transportmöglichkeiten brachte diese Situation gewaltigen sozialen Sprengstoff mit sich. Das Areal der Uranminen selbst war streng bewachtes Sperrgebiet und trug den Charakter eines Straflagers. Die sowjetischen Funktionäre kümmerte es kaum, unter welchen Arbeitsbedingungen und gesundheitlichen Risiken die oftmals unerfahrenen Neubergleute schufteten. Ventil für die harte Arbeit und den Leistungsdruck waren Alkohol und Schlägereien. Fast jeden Tag kam es in den Straßen und Kneipen von Aue oder Schneeberg zu Gewalttätigkeiten oder Pöbeleien. Selbst Ausfälle gegen die Ordnungsmacht waren keine Seltenheit. Überdies setzten sich Tausende ab und flohen in den Westen.

„Wild East“ im Erzgebirge und ein Massenexodus der Arbeitskräfte – diese Situation war auf Dauer weder politisch noch gesellschaftlich tragbar. Die Entscheidungsträger des Uranbergbaus mussten erkennen, dass eine effiziente Förderung nur mithilfe einer loyalen und leistungsbereiten Belegschaft in einem Umfeld sozialen Friedens möglich war. Ab den späten Vierzigerjahren bauten sie die Uranminen daher zu einem attraktiven Industrie-

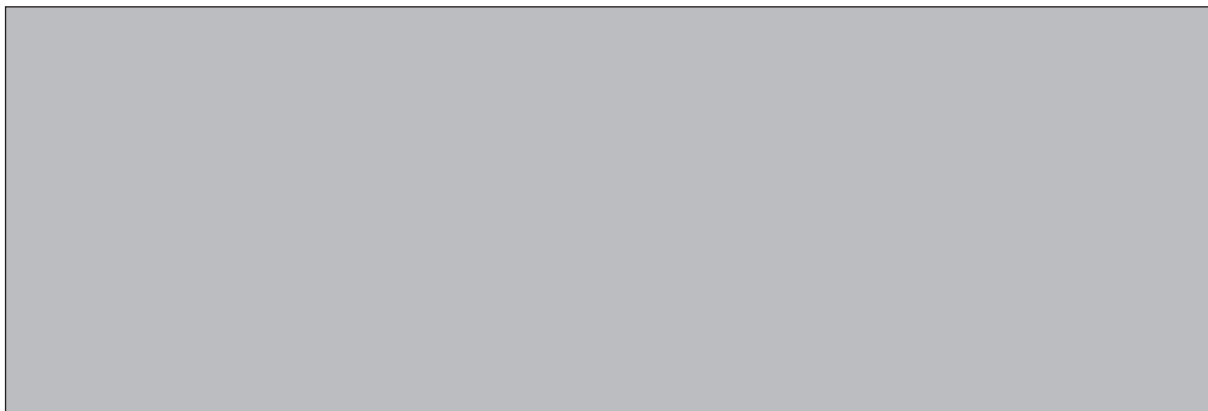
betrieb aus. Hohe Löhne und attraktive Prämien bei Planerfüllung, gefüllte Regale in den Läden und kostenlose Urlaubsreisen, eine gute medizinische Versorgung und unentgeltliche Kuraufenthalte sollten für Motivation und Arbeitswille sorgen. Im Erzgebirge (Aue/Schlema/Johanngeorgenstadt) und in Ostthüringen (Gera/Ronneburg) entstanden ganze Bergarbeitersiedlungen mit einem Netz aus sozialen und kulturellen Einrichtungen, die ihresgleichen in der DDR suchten. Die Kumpels und ihre Familien genossen ein System eigener Verkaufs- und Handelseinrichtungen, Kulturhäuser, Polikliniken, Sanatorien und Ferienheime. Finanziert wurde die großzügige Sozialpolitik nahezu ausschließlich von der DDR.

Vor allem das betriebseigene Handels- und Versorgungsnetz des Uranbergbaus soll hier Beachtung finden. Nachdem Läden, Lager und Betriebsküchen zunächst im Verantwortungsbereich der Generaldirektion lagen, drängten die sowjetischen Verantwortlichen immer stärker auf eine Übernahme in den staatlichen Sektor. Nach zähen Verhandlungen beschloss der Ministerrat der DDR am 15. Juli 1951 die Gründung der Handelsorganisation Wismut. Mit 1.000 Verkaufseinrichtungen übernahm sie die Versorgung von 126.000 Betriebsangehörigen¹⁴. Die HO Wismut wurde zum Inbegriff einer privilegierten Versorgung, an die die Menschen noch heute gern zurückdenken. Margarete und Rudolf Assmann*,¹⁵ die in Dittrichshütte (Ostthüringen) bei der Wismut arbeiteten, erinnerten sich an stets gefüllte Regale in den Geschäften, in denen auch Mangelware und Luxusgüter zu erschwinglichen Preisen zu haben waren. „Du

kaufte in der Wismut-HO relativ billig ein, billiger als in der zivilen HO – und hast mehr verdient als die anderen“.

In der Tat gehörten die Löhne der Wismut-Kumpels zu den höchsten in der DDR. Schon Ende der Vierziger- und Anfang der Fünf-

zigerjahre konnte ein Hauer unter Tage das Dreifache eines einfachen Industriearbeiters verdienen. Auch wenn die Bruttolöhne in der DDR kontinuierlich stiegen, blieb das Lohnniveau in der Wismut bis zum Ende der Achtzigerjahre höher als in anderen Industriebetrieben der DDR.¹⁶



Bundesarchiv 183-93871-0001

Wohnsiedlung der Wismut in Gera-Bieblach 1962

Die Mahlzeiten in der Werksküche waren ebenfalls üppig. In Herrn Assmanns Erinnerung war die Küche in Dittrichshütte bereits Anfang der Fünfzigerjahre „sehr modern“, sie brachte „hohe Leistung und ein ganz vorzügliches Essen.“ Die Kumpel konnten zwischen zwei und mehr Mahlzeiten wählen, zum Nachtschiff gab es manchmal sogar Süßfrüchte. Und das zu einer Zeit, als die Versorgung der Menschen noch über Rationierung und Lebensmittelkarten geregelt wurde.

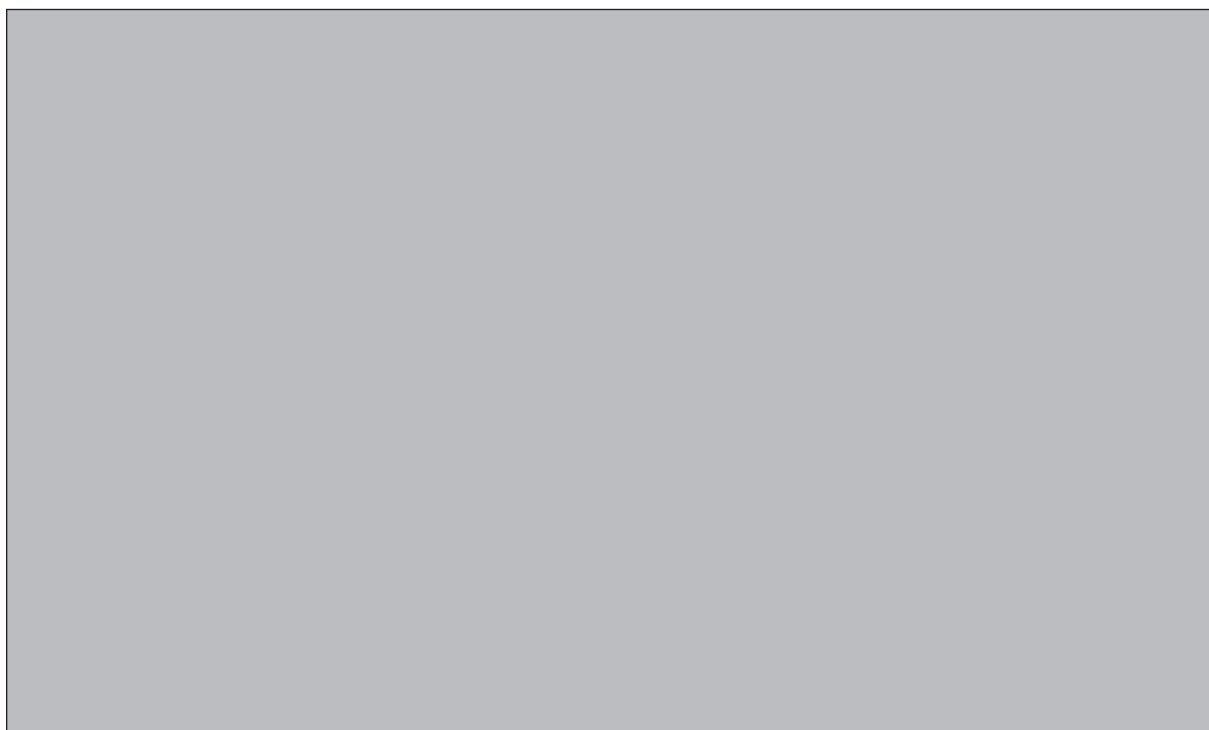
Die HO Wismut war direkt dem Ministerium für Handel und Versorgung in Berlin unterstellt und da sie zu einem politisch relevanten Industriekomplex gehörte, besaß sie große Handlungsspielräume. So konnten sich die Handelsfunktionäre bei „Versorgungsstörungen“, wie sie beispielsweise 1971 im Kreis

Schwarzenberg auftraten, sofort an das Ministerium wenden, um unmittelbare Abhilfe zu schaffen. Oder sie erinnerten ihre Kooperationspartner in Groß- und Einzelhandel selbstbewusst daran, dass das Ziel gegenseitiger Vereinbarungen eine „vorrangige Absicherung der Warenfonds für die Wismut-Arbeiterversorgung“ sein müsse.

Die „vorrangige Orientierung“ auf die Konsumwünsche der Bergarbeiter sollte zwar nicht zu Lasten des staatlichen Einzelhandels gehen, das aber ließ sich bei den permanenten Versorgungsdefiziten in der DDR-Wirtschaft kaum vermeiden. Aus diesem Grunde wurde vorsorglich immer wieder darauf hingewiesen, dass „Kürzungen sich im territorialen [also staatlichen – J.S.] Netz auswirken müssen.“¹⁷

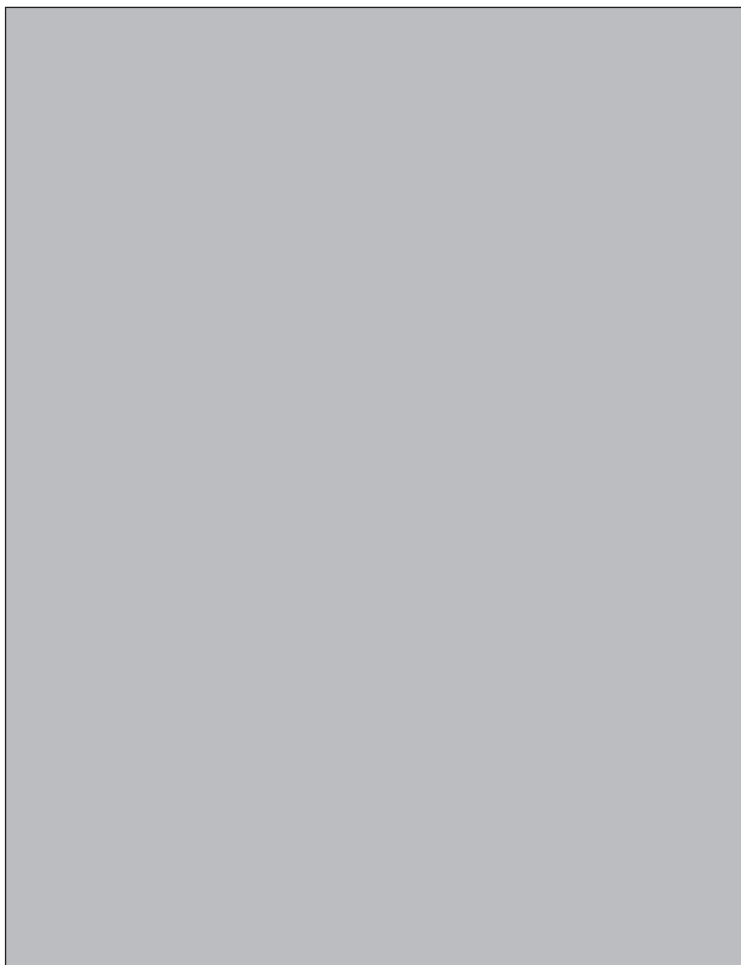
Das Netz unterschiedlicher Handels- und Versorgungsformen war dicht gewebt. In den Schachanlagen und Betrieben gab es außer Werksküchen auch kleinere Betriebsverkaufsstellen, ambulante Versorgungsfahrzeuge, die die umliegenden Baustellen und Tagebaue anfahren und ab 1957 sogar eine Untertageversorgung mit Snacks, Getränken und Zigaretten. Ende der Sechzigerjahre kam die betriebliche Zwischenverpflegung hinzu – ein zellophanverpackter Imbissbeutel „mit Obstanteil“ kostete 90 Pfennige, der Betrieb stützte die Versorgungsform mit 1,70 Mark. 1969 gingen fast 300.000 Portionen der Zwischenverpflegung über die Theken der Werksküchen – vorzugsweise an Schwerstarbeiter wie Hauer oder Bohrer –, im Jahre 1978 waren es bereits 3,1 Millionen Imbissbeutel.¹⁸

In den Wohnsiedlungen und Naherholungsgebieten unterhielt die HO Wismut Kaufhäuser (wie das „Glück auf“ in Gera oder Karl-Marx-Stadt), Gaststätten, Klubhauskneipen und Restaurants, aber auch einen Versand- und Bestelldienst, Genex sowie einen Betrieb S-Bedarf (Sonderbedarf). Besonders großer Beliebtheit erfreuten sich Versandhandel und Bestelldienst. Der Versandhandel stellte eine in der gesamten DDR überaus beliebte Möglichkeit des Einkaufs dar. Ob Kittelschürze oder Klappsofa, Dampfdrucktopf oder Damenrad – von 1956 bis 1975 konnte man Hunderte Artikel in den zweimal jährlich erscheinenden Katalogen bestellen. Und alles ganz bequem vom Wohnzimmersessel aus. Über 2.000 Pakete verschickte der Versandhandel allein 1972/73 an Wismut-Angehörige.



Archiv Zentralkonsum eG, Fa 23.5

Das Konsument-Versandhaus in Karl-Marx-Stadt, vermutlich 1969



Archiv Zentralkonsum eG, FA 23.6

Die arbeitstätige sozialistische Frau nimmt ihr Versandpaket entgegen, vermutlich in den Sechzigerjahren

Doch die seit den späten Sechzigerjahren zunehmenden Engpässe in der DDR-Produktion, Lieferschwierigkeiten und Warenknappheit schlugen sich zuerst beim Versandhandel nieder. Er wurde Mitte der Siebzigerjahre eingestellt.

Der betriebliche Bestellservice war vermutlich eine wismutspezifische Form des Kundendienstes. Er kam bereits in den Fünfzigerjahren auf und entsprang der Absicht, den berufstätigen Frauen des Uranbergbaues den

Einkauf zu erleichtern. Ende der Siebzigerjahre stellte er die wichtigste Form des Kundenservice in der Wismut dar und funktionierte so: In speziellen Versorgungsstützpunkten konnten die Belegschaftsangehörigen Industriewaren oder Konsumgüter nach Katalog oder Muster bestellen. Diese wurden dann nach Hause oder in die Verkaufsstellen des Wohngebietes geliefert. Auch Olaf Mandler, der in den Achtzigerjahren als Lehrling zur Wismut nach Gera kam, erinnerte sich an diesen Kundendienst: „Es sind meistens die Läden schon im Schachtgebiet gewesen. Wenn du untertage hochkamst: Autos, Klamotten konntest du da bestellen, Lebensmittel.“

Das Warenangebot hochwertiger Konsumgüter wurde in den Siebzigerjahren verstärkt in den Fokus des Wismut-Handels

genommen. Dazu gehörten Schuhe und Oberbekleidung, die noch immer über ein Kartensystem zu beziehen waren. Obwohl die Rationierung in der DDR 1958 abgeschafft worden war, nutzten die Beschäftigten der Wismut bis zuletzt die so genannten Talons. Sie stellten allerdings weniger ein System der Rationierung dar, als dass sie die privilegierte Versorgung der Wismutkumpel absichern sollten. Auf diese Weise wurden allein 1970 über 100.000 Paar „Talonschuhe“ und 500.000 Stück „Talonunterwäsche“ verteilt.

Begehrtestes Konsumgut aber war der PKW. Im Jahre 1975 verkaufte die HO Wismut Autos im Wert von 60 Millionen Mark an die Belegschaft, 1976 im Wert von 69 Millionen. Ähnlich wie in der Hauptstadt mussten Wismut-Angehörige nicht gar so lange auf ein Auto warten wie die übrigen Bürger des Landes. 1977 gingen die Verkaufszahlen wieder etwas zurück, da die einheimische PKW-Produktion im Rückstand lag. Dafür bekamen die Bergleute ein höheres Kontingent an den ohnehin in der DDR beliebteren Importautos aus der Tschechoslowakei oder Rumänien. In den Schächten selbst existierte außerdem die „Betriebsleiterreserve“. Dabei handelte es sich um ein bestimmtes Kontingent an PKWs, meist waren es die einheimischen Marken „Trabant“ und „Wartburg“, die die Generaldirektion an die Leiter der jeweiligen Bergbaubetriebe für ein Kalenderjahr verteilte.

Über die Zuteilung entschieden der Betriebsdirektor und der Betriebsgewerkschaftsvorsitzende. Ausschlaggebend waren Kriterien wie gesellschaftliches Engagement, Zugehörigkeit zu gesellschaftlichen Organisationen oder Auszeichnungen, aber auch soziale Aspekte, z. B. kranke oder behinderte Familienmitglieder. Einem jährlichen Kontingent von durchschnittlich 20 PKW standen im Bergbaubetrieb Aue Ende der Achtzigerjahre bis zu 70 Anträge gegenüber – dieses Missverhältnis herrschte in nahezu jedem Betriebsteil der Wismut und dürfte nicht selten zu einigem Unmut in der Belegschaft geführt haben. Innerhalb des Versorgungssystems Wismut existierte eine „Zielgruppe“, deren Ausstattung mit hochwertigen Konsumgütern unter spezieller Fürsorge der Funktionäre stand: Die

sowjetischen Mitarbeiter. Bereits in den Fünfzigerjahren gab es ausgewählte Artikel in einzelnen Verkaufsstellen, die allein ihnen vorbehalten waren. Doch bei dem allgemein niedrigen Beliebtheitsgrad der „Russen“, noch dazu in Zeiten des Mangels, liefen die Funktionäre Gefahr, damit „Stimmung gegen die Sowjetmenschen zu machen“.¹⁹ Auch wenn vermutlich daraufhin die offenkundige Bevorzugung eingestellt wurde, so richteten doch Partei, Gewerkschaft und Generaldirektion immer ein besonderes Augenmerk auf die Versorgung der „Freunde“. Da sich die sowjetischen Kollegen schon mal beschwerten, wenn die erwarteten tschechoslowakischen Waschmaschinen nicht in den Wismut-Handel kamen, ergriffen die Funktionäre die Initiative und richteten Spezialverkaufsstellen ein. Dabei war nicht nur der Vorrang in der Versorgung der sowjetischen Mitarbeiter zu beachten, sondern auch deren „spezifische Verbrauchsgewohnheiten“. 1975 konnte die HO Wismut Konsumgüter im Wert von 1,9 Millionen Mark „gezielt“ in den Wohngebieten der sowjetischen Betriebsangehörigen verkaufen, das waren 400.000 Mark mehr als im Vorjahr. Sowjetische Klubs und Gaststätten verzeichneten einen Umsatz von 600.000 Mark. Das Angebot umfasste solche auf den Geschmack der sowjetischen Kollegen abgestimmten Luxusartikel wie Bleikristall, Perserteppiche, perlmuttene Kaffeeservices, plüschige Sofadecken und Pelze.²⁰

1982 wurde der Wismut-Handel aufgelöst und in den „Betrieb Arbeiterversorgung“ umgewandelt, der nun wieder der Betriebsleitung selbst unterstand. Für die Werkküchenverpflegung waren jetzt die Betriebs-

teile zuständig, die Läden und Versorgungspunkte gingen an den volkseigenen Handel über. Die Sicherung einer vorrangigen Versorgung der Bergleute, so der stellvertretende Handelsminister Manfred Merkel, sei wegen der fortgeschrittenen wirtschaftlichen Situation in der DDR nicht mehr erforderlich. Wismutbeschäftigte und Bevölkerung hätten ein einheitliches Niveau in der Versorgung erreicht. Doch die ökonomischen Gründe für die Auflösung des Wismut-Handels waren anderer Natur. Bis zu seiner Liquidierung war er in zwölf Kreisen der Bezirke Karl-Marx-Stadt, Dresden, Gera und Leipzig neben dem volkseigenen Einzelhandel vertreten, in drei Kreisen (Aue, Schwarzenberg und Gera-Land) stellte die HO Wismut das einzige Handelsnetz dar. In über 500 Verkaufsstellen, 140 Gaststätten, 28 Werkküchen und 53 Betriebsverkaufsstellen hatten 6.770 Handelsmitarbeiter einen Einzelhandelsumsatz von einer Milliarde Mark erarbeitet. Die Umsätze waren also stattlich, vor allem im Bereich hochwertiger Industriewaren. Aber ein eigener Handelszweig der HO kostete zusätzliches Geld, im Zuge der Auflösung konnten sowohl Verkaufsstellen geschlossen als auch Mitarbeiter „freigesetzt“, also entlassen werden. Die Strukturmaßnahme besaß jedoch auch einen psychologischen Hintersinn, weil man den Uranerzbergbau in der Wahrnehmung der Bevölkerung noch stärker als „normalen“ Betrieb der Kumpel legitimieren und die Bevorzugung der Kumpel als abgeschlossen bezeichnen wollte.

Das Ministerium für Handel und Versorgung sorgte indes weiter für die vorrangige Versorgung der Bergleute. Denn bei so umkämpften Konsumgütern wie Autos mochten die

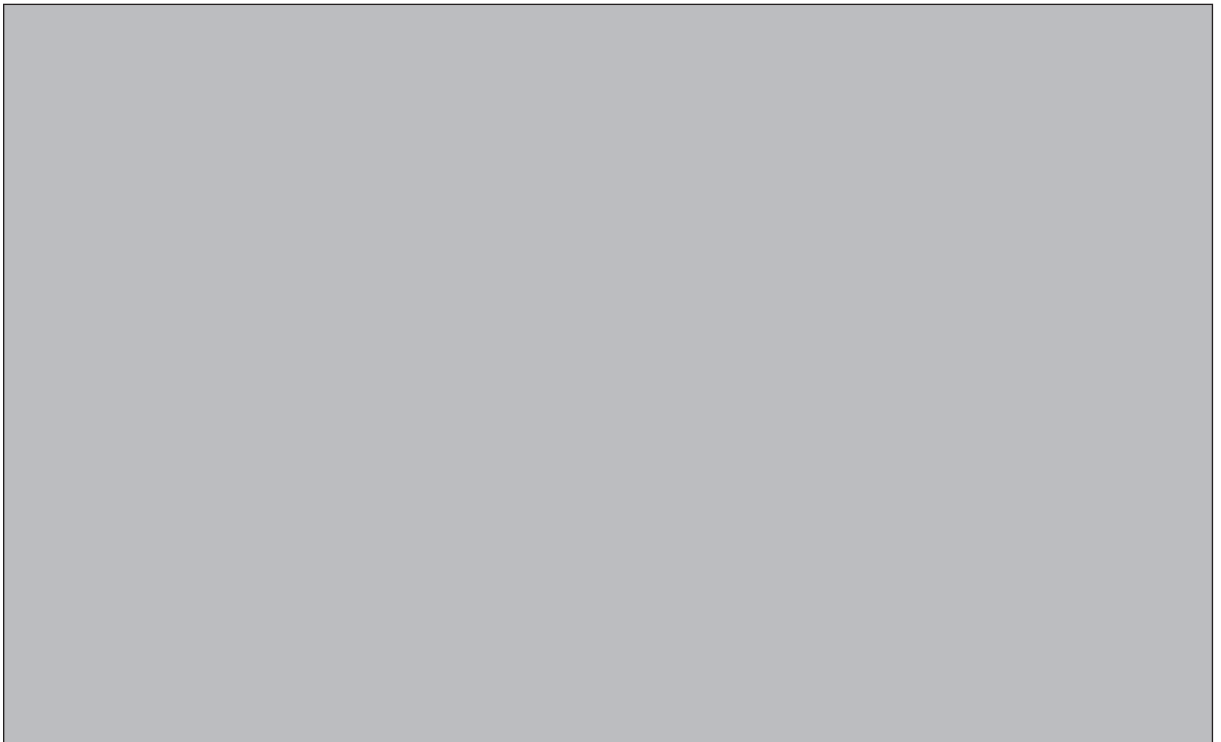
Entscheidungsträger kein wirtschaftliches Risiko eingehen. Die PKW-Bestellungen der Wismut-Angehörigen erfolgten nicht über den DDR-weiten Ifa-Vertrieb, sondern separat, um eine gezielte Zuteilung zu gewährleisten.

Die bevorzugte Sozialpolitik des Uranerzbergbaus verfehlte ihren Zweck nicht. Im Laufe der Fünfzigerjahre konstituierte sich eine betriebstreue Stammbesellschaft, deren Angehörige im Durchschnitt 12 bis 15 Jahre, nicht selten aber mehrere Jahrzehnte bei der Wismut arbeiteten. Loyalität zum Betrieb war bei den „Wismutern“ besonders stark ausgebildet. Bis heute fühlen sich viele ehemalige Bergleute ihrem Unternehmen verbunden. Nach 1990 gegründete Traditionsvereine in Sachsen und Thüringen organisieren Ausflüge, Vorträge und die traditionelle Mettenschicht zur Weihnachtszeit für die Veteranen. Bei der sozialen Privilegierung ging es jedoch nicht ausschließlich um die Förderung von Leistungswillen und Produktivität. Der Betrieb war in der DDR immer auch Ort gesellschaftlicher und politischer Einflussnahme, er transportierte die Interessen des Staates und versuchte seine Arbeiter zur „sozialistischen Lebensweise“ zu erziehen. Darüber hinaus fungierte die Privilegienwirtschaft als Entschädigung für die schwere und riskante Arbeit des Bergmannes. Im Uranerzbergbau waren die Kumpels neben giftigen Stäuben auch einer erhöhten Radioaktivität ausgesetzt, deren Folgen Zehntausende die Gesundheit und Tausende das Leben kosteten. Gute Ernährung auch in Zeiten des Mangels sowie das Gefühl, für den hohen Arbeitslohn rare Qualitätsware erstehen zu können, dienten als Ausgleich für die Schwerarbeit.

Mit den politischen Veränderungen des Herbstes 1989 waren die Tage des Uranerzbergbaues und damit die der privilegierten Arbeiterversorgung gezählt. Nach den Volkskammerwahlen am 18. März 1990 wurde die Uranförderung weitgehend eingestellt.

Es folgten langwierige Verhandlungen mit der noch existierenden Sowjetunion über Umgang und Finanzierung der Hinterlassenschaften des weiträumigen Bergbauareals. Ein Abkommen vom 16. Mai 1991 besiegelte die endgültige Auflösung der SDAG. Die von der Sowjetunion gehaltene Aktie ging dabei zu 100 Prozent auf die Bundesrepublik über – die Sowjetunion wurde von jeglichen Verpflichtungen zu Stilllegung, Sanierung oder Entschädigungszahlungen befreit.

Umgewandelt in eine GmbH, beschäftigt sich die Wismut seither mit Sanierungs-, Abwicklungs- und Verwahrungsarbeiten.²¹ Mit der drastischen Reduzierung der Belegschaft von ca. 40.000 (1989) auf rund 4.000 (1990) Mitarbeiter ging auch die Abschaffung aller sozialen Privilegien einher. Die Unterscheidung zwischen Untertage- und Übertageverpflegung wurde abgeschafft, Trinkmilch und Imbissbeutel zu einem höheren Preis angeboten. Am 30. Juni 1991 stellte die Unternehmensleitung den Betrieb Arbeiterversorgung endgültig ein, seine Abwicklung erfolgte bis zum Ende desselben Jahres.



Bundesarchiv 183 H0813-0600-020

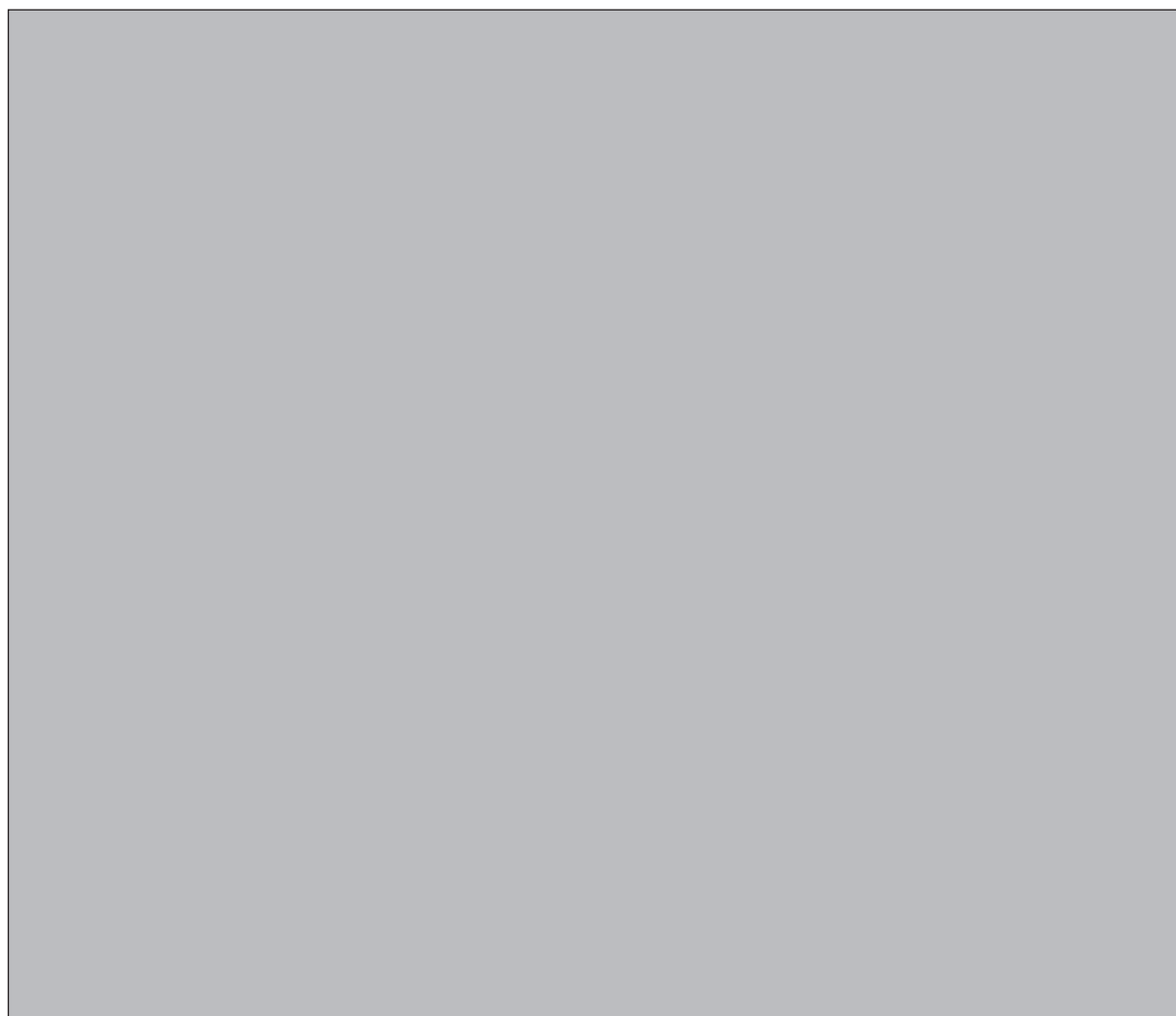
Betriebskonsum des VEB Kaligrube „Glück auf“ in Sondershausen

Sonderbedarf III: Politische Großereignisse

Die X. Weltfestspiele der Jugend und Studenten 1973

Im Jahr 1973 sah die Hauptstadt der DDR einem Ereignis entgegen, das von besonderer politischer und wirtschaftlicher Tragweite war. Unter dem Motto: „Für Frieden, Freundschaft und Solidarität!“ feierte man vom 29. Juli bis 5. August die 10. Weltfestspiele der Jugend und Studenten. 20.000 ausländische

Gäste, 3.000 delegierte DDR-Jugendliche, 40.000 Berliner Jugendliche und 330.000 „organisierte Massenteilnehmer“ sollten ein tagelanges Festival erleben, das von zahlreichen Aktionen, Musikveranstaltungen und Straßenfesten begleitet wurde.



Bundesarchiv 183-M0801-403

Berliner Freiluftgaststätte während der X. Weltfestspiele

Im Zuge der beginnenden internationalen Anerkennung des Landes bot das Festival die seltene Gelegenheit, Fortschritt und Überlegenheit des sozialistischen Staates nach außen zu präsentieren. Dafür waren die größtmöglichen Anstrengungen der Volkswirtschaft erforderlich. Schließlich wollte sich der Staat von seiner besten Seite zeigen. Dazu gehörten angemessene Unterbringung und Verpflegung der Gäste und die Errichtung repräsentativer Freizeit- und Sportstätten in der Hauptstadt.

Die Vorbereitungen zur finanziellen und materiellen Sicherstellung des Festivals liefen im Frühjahr 1972 an. Neben dem Organisationskomitee unter Leitung des Sekretärs des FDJ-Zentralrates, Erich Rau, wurden staatliche Kommissionen einberufen, die sich um die Zielvorgaben in den Bereichen Versorgung, Bauwesen und Post-, Nachrichten- und Fernmeldewesen zu kümmern hatten. Leiter der Kommissionen waren die jeweils zuständigen Minister. Eine Parteikommission zur Vorbereitung der Weltfestspiele überwachte die gesamten Ausführungen.

Wie üblich bei wirtschaftlich kräftezehrenden Ereignissen, mobilisierten die Machthaber „ihr“ Volk. Die Einwohner Berlins wurden zu Initiativen und freiwilligen Arbeitseinsätzen aufgefordert, sie sollten Quartiere bereitstellen und ihre Stadt verschönern. Der Generalsekretär rief die Jugend auf einer zentralen Funktönärskonferenz am 20. Oktober 1972 auf, sich intensiver am Wirtschaftsprozess in Industrie und Landwirtschaft zu beteiligen. Im Januar 1973 legte der Zentralrat der FDJ ein Festivalkonto mit 14 Millionen Mark an. Im Zuge der

Aktion „Materialökonomie“ wurden 8.000 Berliner Wohnungen von FDJlern um- und ausgebaut und im März konnten bereits 21 Millionen Mark auf das Konto eingezahlt werden. Bei einer Sonderziehung des Tele-Lotto war ein Reinertrag von sechs Millionen Mark geplant, die dem Festivalkonto überwiesen werden sollten. Die Staatliche Versorgungskommission konstatierte im November 1972 die Notwendigkeit von 5.000 Helfern aus der Bevölkerung und die Delegation von 2.900 Fachkräften aus Gastronomie und Handel der Bezirke und 1.600 Studenten des Binnenhandels.²²

Der Gesamtaufwand, den das Organisationskomitee für die Durchführung des Festivals berechnet hatte, betrug 144,5 Millionen Mark. Das waren 3,4 Millionen Mark mehr als vorgesehen. „Zur Entlastung der volkswirtschaftlichen Bilanz“ wurden Leihverträge abgeschlossen, sodass damit der größte Teil des Bedarfs – 100.000 Liegemöglichkeiten und 150.000 Decken in den Massenquartieren – abgedeckt werden konnte. Der Rest sollte aus der Neuproduktion gestellt und anschließend den „gesellschaftlichen Bedarfsträgern“ verkauft werden. Auch die elektronische Ausstattung mit 117 Radios, 134 Fernsehern, 20 Magnettongeräten und 270 Schreibmaschinen, für die das Ministerium für Elektrotechnik und Elektronik verantwortlich war, wurde leihweise zur Verfügung gestellt.

Die Staatliche Kommission für Bauwesen war verantwortlich für die Überwachung und Durchführung aller erforderlichen Bau-, Instandsetzungs- und Renovierungsarbeiten. Im Rahmen der dazu nötigen „volkswirt-

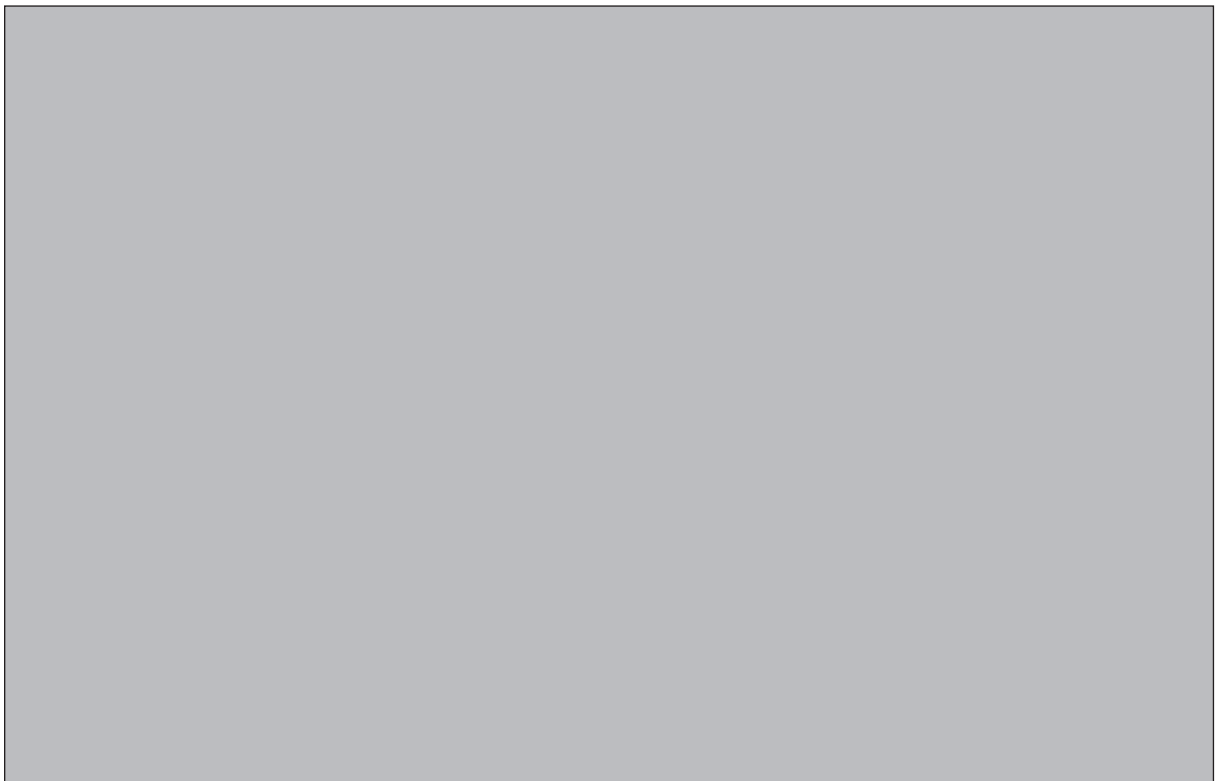
schaftlichen Masseninitiative“ sollten vor allem Jugendliche geworben werden. Bei Planung, Bilanzierung und Projektierung war die „spätere Nutzung für das Territorium der Hauptstadt“ zu berücksichtigen. Alle erforderlichen Materialien, die für die intensiven Bauarbeiten erforderlich waren (transportable Freilichtbühnen, Tribünen, Podeste etc.) sollten aus dem gesamten DDR-Gebiet beschafft werden. Dabei galt „das Prinzip der strengsten Sparsamkeit“. Die Baukosten für Investitionen und Werterhaltungen betragen 49 Millionen Mark. Bau- und Sanierungsobjekte waren u. a. das Festival-Stadion, der Ludwig-Jahn-Sportpark, das Friesen-Schwimmstadion und die Radrennbahn Weißensee. Für den Plan 1972 waren bisher Leistungen im Wert von 4,5 Millionen Mark erbracht worden, die Planrückstände lagen bei 675.000 Mark. Eine weitere, umfangreiche Baumaßnahme war das Berliner Bauarbeiterwohnhotel mit dem Neubau einer Zentralküche. Das Hotel sollte die Qualität in der Versorgung der Berliner Bauarbeiter verbessern und ab 17. Juli 1973 die Verpflegung der Sondergruppen des Zentralen Organisationsstabes der X. Weltfestspiele mit ca. 5.000 Essensportionen übernehmen. Zu den Spielen selbst war die Unterbringung von 840 polnischen Gästen vorgesehen, deren Verpflegung von den hoteleigenen gastronomischen Einrichtungen übernommen wurde. In dem mit 877 Betten ausgestatteten Hotel gab es Waschgelegenheiten auf den Zimmern. Die Zentralküche besaß eine Kapazität von täglich 6.000 Essensportionen. Ein Restaurant mit 300 Plätzen sowie Veranstaltungsräume für Beratungen und Betriebsfeiern standen ebenfalls zur Verfügung. Während der Weltfestspiele sollte das Hotel Versor-

gungsaufgaben in der Kaltverpflegung und der Bereitstellung von Tee übernehmen... und nach dem Festival, ab dem 1. September 1973, „ausschließlich für die Arbeiterversorgung in der Hauptstadt Berlin“ zuständig sein. Die Versorgung und Verpflegung der Festivalteilnehmer erforderte straffe Maßnahmen. Schon zum Festivalauftakt „Gastfreundschaft“ am 12. und 13. Mai 1973 konnten das Ministerium für Handel und Versorgung und die Abteilung Handel und Versorgung beim Magistrat die Programmatik des Festivaltitels unter Beweis stellen: Durch eine „ausreichende Bevorratung“ der Verkaufsstellen, die Sicherstellung von Reserven, die Einrichtung eines Schnelldienstes und Verlängerung der Öffnungszeiten wurde eine störungsfreie Versorgung gewährleistet. In einer zentralen Verpackungsstelle in Berlin-Karlshorst wurden 250.000 Verpflegungsbeutel abgepackt, die dann in 53 Ausgabestellen in der Nähe der Quartiere verteilt wurden. 30 ambulante Feldküchen und Getränkefahrzeuge, die vorwiegend im Stadtzentrum unterwegs waren, boten Snacks und Getränke an. Auch die Handelsbetriebe der angrenzenden Bezirke Potsdam und Frankfurt/Oder wurden in die Versorgung einbezogen.

Für die 15.500 ausländischen Gäste war die HO-Hauptdirektion verantwortlich. Am Morgen wurde je ein Verpflegungsbeutel im Quartier verteilt, Mittag- und Abendessen gab es in elf Gaststätten und zehn Internatsmensen. Die 260.000 erwarteten Teilnehmer aus den Bezirken der DDR wurden vom Verband der Konsumgenossenschaften verpflegt. Sie sollten Frühstück und Abendbrot in Verpflegungsbeuteln bekommen, ein warmes Essen

pro Tag wurde durch Gaststätten, Feldküchen der NVA und andere ambulante Einrichtungen mit einer Gesamtkapazität von täglich 40.000 Essen bereitgestellt. 2.000 Ehrengäste sollten in den Interhotels „Stadt Berlin“ und „Unter den Linden“ verköstigt werden, die 1.000 in- und ausländischen Journalisten speisten im Pressezentrum Interhotel „Berolina“, im Restaurant „Moskau“ und der Gaststätte „Sternchen“. Insgesamt standen für Unterbringung und Verpflegung aller Festivalteilnehmer 23 Festivalgaststätten, 62 Handelseinrichtungen und 190 Verpflegungsausgabestellen zur Verfügung. 210 Speisegaststätten und Betriebsrestaurants und 11 Freiluftgaststätten hatten eine Tageskapazität von

165.000 Essensportionen. 690 ambulante Verkaufsstellen, 150 Getränkewagen und 30 Straßencafés wurden zusätzlich eingesetzt, um die Versorgung zu gewährleisten. Auch die jungen Menschen in den Betrieben und Universitäten hatten ihren Beitrag zur Versorgung zu leisten: Lehrlinge des Backwarenkombinates verpflichteten sich, ihre Ausbildung zwei Monate früher abzuschließen, um die restliche Zeit für die Weltfestspiele arbeiten zu können. Das Jugendkollektiv des VEB Milchhof versprach die zusätzliche Produktion von 1.200 Tonnen H-Milch-Erzeugnissen und 400 Tonnen Kaffeesahne. Studenten der Humboldt-Universität übernahmen die Renovierung der Wohnheime und Internate mit einer



Bundesarchiv 183-M0814-779

Empfang der palästinensischen Delegation durch FDJ-Mitglieder am Bahnhof Schönfeld in Berlin aus Anlass der X. Weltfestspiele der Jugend und Studenten

Eigenleistung von 250.000 Mark. Und Mitglieder der FDJ beschäftigten sich mit dem Um- und Ausbau von mehr als 300 Berliner Wohnungen.

Auch beim städtischen Gesamtdekor überließ die Regierung nichts dem Zufall. Der Einsatz von Fahnen, Plakaten, Wimpeln und Blumen wurde am 6. September 1972 vom Ministerrat beschlossen und lief hauptsächlich unter der Verantwortung von Betrieben, Einrichtungen und der Bevölkerung ab. Die sollten so für eine „jugendlich optimistische Atmosphäre“ in der Hauptstadt sorgen. Dafür wurde eine Million Mark eingeplant, wovon 38.600 Festivalfahnen, 114.000 Embleme aus Plastik und Pappe, 254.000 Ausschneidebogen, 126.000 „Blickfangelemente“ und 295.000 Aufkleber mit Festivalemblem erworben werden konnten. Allein, die Produktion konnte mit dieser Forderung nicht Schritt halten und so standen vier Wochen vor dem Beginn des Festivals von 6.000 geplanten Fahnen für die Gestaltung des Stadtzentrums 70 Prozent noch aus.

Die Bemühungen der staatlichen Organe, durch straffe Organisation und Vorbereitung „die Stellung Berlins als sozialistische Metropole der Deutschen Demokratischen Republik der Jugend der Welt überzeugend vor Augen zu führen“,²³ hatten ihr Ziel nicht ver-

fehlt. Über eine halbe Million Jugendliche, davon 25.000 aus 140 Staaten, besuchten die rund 500 offiziellen Veranstaltungen, aber auch die vielen Straßentreffs und spontanen Musikdarbietungen. In Parks und auf öffentlichen Plätzen (besonders beliebt war der Alexanderplatz) traf man sich oft bis in die Nacht zu Diskussionen und zwanglosem Beisammensein. Obwohl der Staat sich nach außen betont offen und liberal gab, waren die Organe der Staatssicherheit im Hintergrund immer präsent. Atmosphäre und optische Ausgestaltung der Hauptstadt waren einzigartig und faszinierten viele DDR-Teilnehmer, die Derartiges aus ihren Heimatorten nicht kannten: „Die Farbgebung hat mir mächtig gefallen in Berlin. Was da an Farbenpracht bei Plastbestecken, Eierbechern und Verpackung zu den Weltfestspielen auftauchte, das war für uns nicht gang und gäbe.“ Viele Jugendliche ahnten aber auch, dass dieser Überfluss nicht von langer Dauer war: „... ich wusste, das ist nur kurzfristig. Ich glaube, da wurde auch Geld verschwendet.“ Und einige erkannten die Motive der kontrollierten Öffnung und beispielhaften Versorgung: „Es war ja die Chance zu sagen: ‚Freunde, alles, was ihr über die DDR wißt, ist Quatsch. Guckt’s euch an, es gibt alles.‘ Es war eine Schaufensterveranstaltung nach draußen.“²⁴

Die 750-Jahr-Feier Berlins 1987

Anders als bei den Weltfestspielen war es hier die Stadt selbst, die im Mittelpunkt des Festes stand und die Gelegenheit bot, den Hauptstadtstatus Berlins vor aller Welt zu präsentieren und das Jubiläum als nationales Ereignis zu feiern.

In beiden Teilen Deutschlands war die Geburtstagsfeier von hoher politischer Symbolkraft, auch wenn beide Festakte unterschiedliche Botschaften transportieren sollten. Der Regierende Bürgermeister West-Berlins, Eberhard Diepgen, erklärte in seiner

Eröffnungsrede, dass das Fest „die besondere Rolle Berlins“ hervorheben und bei allen Völkern ein „Berlin-Bewußtsein wachrufen, entwickeln und vertiefen“ solle.²⁵ Die Reflexion über Geschichtsbewusstsein, Zukunft und die Rolle des geteilten Deutschland in Europa stand in seiner Rede im Vordergrund. Auch der Staatsführung der DDR ging es um die Rolle Berlins, allerdings in ihrer Funktion als anerkannte Hauptstadt des souveränen Staates DDR: „Berlin und die Berliner werden im Jubiläumsjahr eindrucksvoll die Leistungskraft unserer Hauptstadt als Zentrum des realen



Bundesarchiv 183-1987-0128-303

Sanierung des Berliner Nikolaiviertels 1987 anlässlich des 750-jährigen Jubiläums

Sozialismus auf deutschem Boden unter Beweis stellen“.²⁶ Das Politbüro beschloss am 22. Januar 1985, dass die Feierlichkeiten als „hervorragendes politisches Ereignis von nationaler und internationaler Bedeutung“ zu betrachten seien und einen „Höhepunkt im gesellschaftlichen Leben der Deutschen Demokratischen Republik“ darstellen sollten. Unter dem Vorsitz Erich Honeckers wurde ein Organisationskomitee gegründet, das die Umsetzung der Vorhaben überwachte. Auch diesmal war die Mitarbeit der Bezirke gefordert. Schon Anfang der Achtzigerjahre beorderte man 20.000 Bauarbeiter des Landes nach Berlin.

Eine der bedeutendsten und repräsentativsten Sanierungsvorhaben war das Nikolaierviertel. Das im Zweiten Weltkrieg stark zerstörte mittelalterliche Quartier mit der zweitältesten Kirche Berlins wurde bis in die Achtzigerjahre von den Machthabern vernachlässigt. Doch im Zuge der Vorbereitungen zur 750-Jahr-Feier entschied sich die Regierung für einen umfassenden Wiederaufbau des Traditionsviertels an der Spree, da sich das Geschichtsbild der DDR allmählich zu ändern begann. Hatte man bis in die Siebzigerjahre den Rückgriff auf historische Traditionen abgelehnt, die despektierlich als „preußisch“ oder „bürgerlich“ bezeichnet worden waren, so besann man sich nun darauf, durch Traditionsbildung die eigene Herrschaft zu legitimieren und der Stadt mit der Rekonstruktion seiner Repräsentationsorte den Glanz einer Metropole zu verleihen. Im Übrigen erkannten die Stadtentwickler, dass Modernisierung und Rekonstruktion weitaus kostensparender waren als der industrielle Neubau.

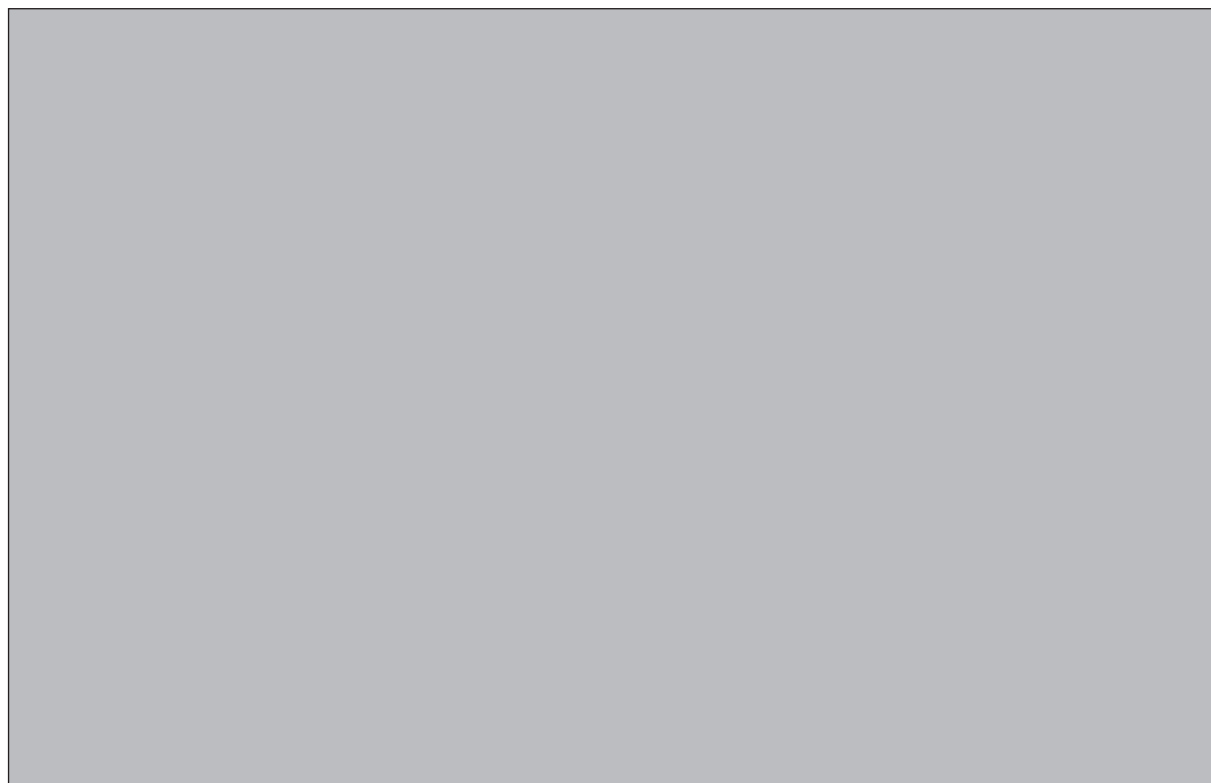
Die stark zerstörten Gebäude des Nikolaierviertels wurden aus vorgefertigten Bauteilen rekonstruiert. Außerdem entstanden 801 Wohnungen (davon 793 durch Neubau), 23 gastronomische Einrichtungen und 31 Einzelhandelsgeschäfte. Am 14. Mai 1987 wurde die Nikolaikirche feierlich eröffnet. An ihrem und dem Aufbau des gesamten Viertels hatten Bauleute aus der ganzen DDR mitgewirkt, deren Arbeitskraft zur selben Zeit in den Bezirken fehlte.

Das Fest wurde langfristig geplant und entsprechende Vorbereitungen getroffen. In die „heiße Phase“ ging es etwa ein Jahr vor dem Jubiläum. Betriebe, Einrichtungen und die ganze Bevölkerung wurden zum „Frühjahrsputz“ aufgefordert: „Schwerpunkt der Gestaltung bilden die Schaufenster mit einer vorbildlichen Warenfülle und Information für Kunden sowie Ordnung und Sauberkeit vor und in den Verkaufseinrichtungen [...]. Die Schaufensterdekoration ist saisonbedingt vorzunehmen, so dass sich ein Gestaltungswechsel von 6-8 Wochen ergibt.“²⁷

Um den Sieg des Sozialismus unter Beweis stellen zu können, war ein störungsfreier Ablauf von Handel und Versorgung nötig. Dies bedeutete insbesondere die „kontinuierliche Versorgung“ mit Waren des täglichen Bedarfs, Kinder- und Jugendsortimenten, hochwertigen Konsumgütern, den „1000 kleinen Dingen“²⁸ sowie die verbesserte gastronomische Versorgung. Neu- und weiterentwickelte Konsumgüter sollten in Berlin vorrangig angeboten werden. Um diesen Anforderungen Folge leisten zu können, wurden die zuständigen Industriekombinate und Betriebe

be angewiesen, ein „nachfragegerechtes Sortiment in hoher Qualität“ bereitzustellen und die Liefertermine einzuhalten. Alle über den Plan hinaus verfügbaren „Warenfonds“, aber auch Personal, waren zuerst in der Hauptstadt einzusetzen. Zur Verbesserung der Einkaufsbedingungen und der Gastronomie wurde vor allem das Stadtzentrum modernisiert. Das Nikolaiviertel sollte zehn Verkaufsstellen und sechs Gaststätten bekommen, die Magistralen der Innenstadt, Frankfurter Allee und Wilhelm-Pieck-Straße insgesamt 43 Geschäfte und Restaurants. Von den insgesamt 300 geplanten Handelseinrichtungen waren 60 durch die Bezirke zu realisieren. Im Rahmen des „Studentensommers“ 1987 rekrutierte die FDJ

1.200 Direktstudenten der Binnenhandelschulen; aus den Bezirken wurden 300-400 Verkäuferinnen, Bedienung und Oberkellner sowie 12-15 „Leitungskader“ abberufen. Die Bezirke sollten jedoch nicht nur Mitarbeiter für Gastronomie und Handel stellen, sondern selbst am Unterhaltungsprogramm mitwirken. Dafür sorgte ein zentraler Beschluss vom 14. Mai 1986: „Die Bezirke der DDR tragen dazu bei, in den Sommermonaten Juli/August 1987 an den Wochenenden mit bezirkstypischen Leistungen von Kultur und Kunst, der Gastronomie, des Handels und des Handwerks das Berlin-Jubiläum als hervorragendes Ereignis von nationaler und internationaler Bedeutung öffentlichkeitswirksam zu gestalten.“²⁹



Bundesarchiv 183-1987-0704-070

Erfurt stellte sich auf dem Festumzug zum Berliner Jubiläum, bei dem alle Bezirke vertreten waren, als Stadt der Blumen vor

Jedes dieser Wochenenden stand unter einem bestimmten Thema. Die Bezirke Potsdam und Frankfurt/Oder beispielsweise richteten am 25./26. Juli 1987 ein „Zentrales Wasserfest“ aus. Die Einbeziehung der Bezirke in die Programmplanung sollte jedoch nicht nur den Veranstaltungskalender bereichern, sondern hatte einen ganz pragmatischen Hintergrund. Denn sämtliche Materialien, Ausrüstungen und sonstige Kapazitäten für die Wochenendfeste mussten die Bezirke selbst finanzieren. Da tröstete es die Wirtschaftsfunktionäre der Bezirksleitungen kaum, dass ihre Mitarbeiter nach dem 40 Mark höheren „Berlin-Tarif“ entlohnt wurden. Ein Genosse aus dem Rat des Bezirkes Rostock wagte sogar Widerspruch. In einem Brief an das Ministe-

rium für Handel und Versorgung vom 21. November 1986 brachte er seinen Unwillen darüber zum Ausdruck, dass „alle Bezirke ihre materiell-technische Basis selbst nach Berlin zu schaffen haben. Das steht im Widerspruch zu den strengen Maßstäben der Sparsamkeit in unserer Volkswirtschaft.“³⁰ Er fürchtete, die hohen ökonomischen Anforderungen könnten auf Kosten der Urlauberbetreuung in seinem Bezirk gehen. Immerhin war der Bezirk Rostock mit seinen weißen Ostseestränden das beliebteste inländische Urlaubsziel der DDR – mit dieser Argumentation hoffte der Handelsfunktionär wohl, auf offene Ohren zu stoßen. Doch Beschluss war Beschluss und wurde niemals angezweifelt, geschweige denn geändert.

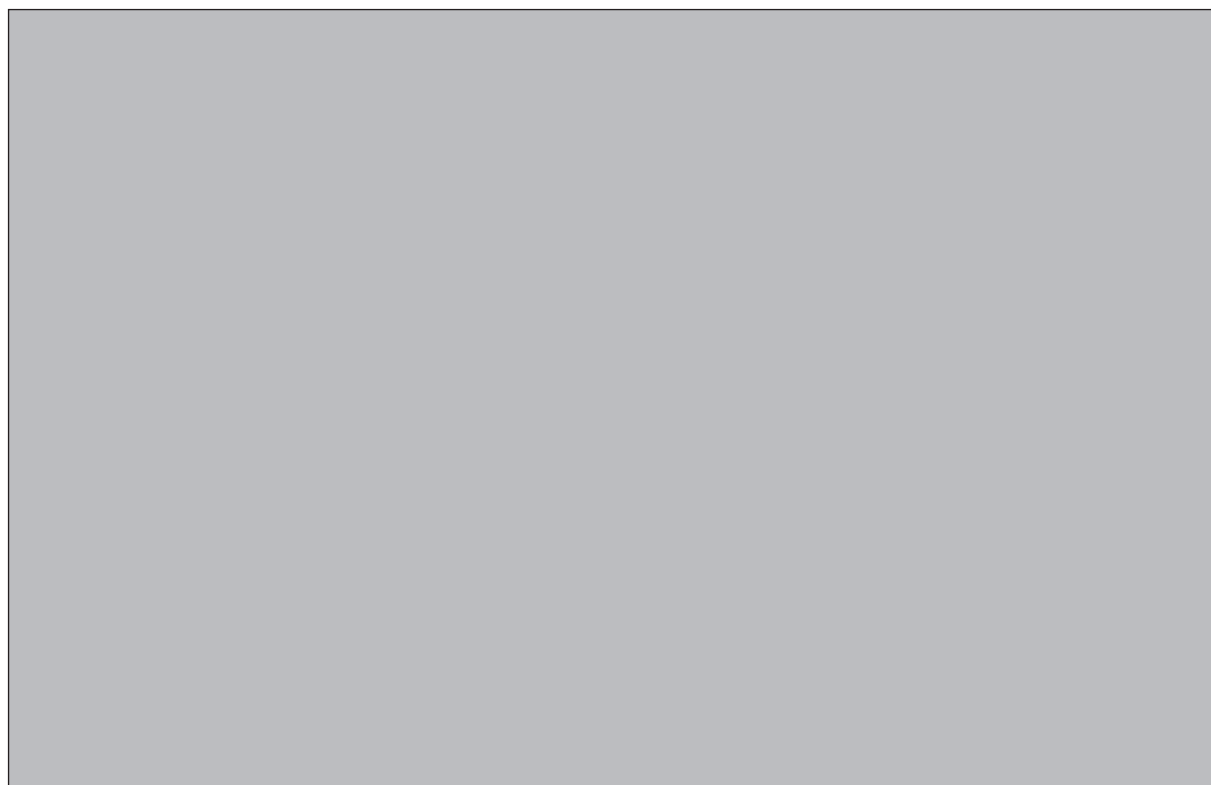


Bundesarchiv 183-1987-0704-077

Die Abordnung des Erfurter Bezirkes stellte beim Festumzug Arbeitsplatzcomputer aus Sömmerda vor

Die Feierlichkeiten begannen am 1. Januar 1987 mit einem Neujahrskonzert und endeten am 31. Dezember mit der Neunten Sinfonie Beethovens, die vom Berliner Radio-sinfonieorchester gespielt wurde. Weitere offizielle Höhepunkte waren der Staatsakt am 23. Oktober, das internationale Treffen der Bürgermeister im Juni, ein historischer Festumzug mit anschließendem historischen Markt und ein Wasserkorso. Die wichtigsten staatlichen Feiertage, der 1. Mai (Tag der Arbeit) und der 7. Oktober (Nationalfeiertag) wurden ebenfalls in die Feierlichkeiten integriert. So verwob man die 750-jährige Geschichte Berlins mit der Geschichte der DDR. Die gewünschte Internationalität des Festes, die gleichzeitig die Anerkennung der

DDR reflektieren sollte, fand in den zahlreichen Gastspielen ausländischer und weltberühmter Künstler ihren Ausdruck: Das Burgtheater Wien, das Royal Philharmonic Orchestra London, das Ballett der Hamburger Staatsoper oder das Concertgebouw Orchester Amsterdam unter Leitung Leonard Bernsteins gaben sich in der ostdeutschen Hauptstadt die Ehre. Aber auch Staatsgäste aus Schweden, Finnland, den USA und der Schweiz nahmen an den Feierlichkeiten teil. Die Kosten der festlichen Aktivitäten waren für den wirtschaftlich schwachen Staat immens: 200 Millionen Mark hatten die gesamten Organisationsleistungen verschlungen und weitere 1,3 Milliarden kamen im Zuge der Bau- und Sanierungsmaßnahmen im Stadtzentrum hinzu.



Bundesarchiv 183-1987-0705-008

Historischer Markt im Juli 1987 anlässlich des Stadtjubiläums

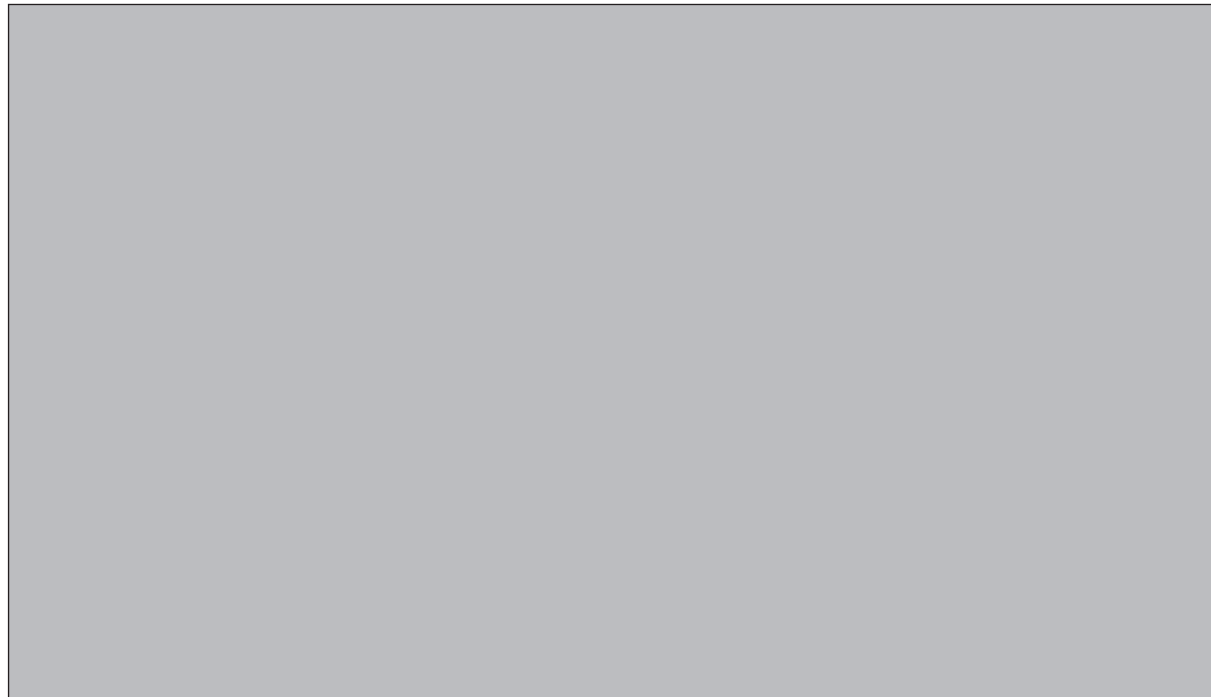
„Unsere Kinder sollen die Südfrüchte nicht nur von Fotos kennen!“

Unmut, Beschwerden, Eingaben

„Es ist ein großer Trugschluß, wenn manche Funktionäre denken, daß der Bürger in Motzlar, dem es durch das löchrige Dach regnet, stolz und glücklich ist, weil das Nikolaiviertel in Berlin, meisterlich und von aller Welt gelobt, rekonstruiert wurde. Ihn interessiert sein Dach.“³¹

Die „Schwerpunktversorgung“ der Hauptstadt und anderer Bereiche wie der Wismut oder großer Industriebetriebe war kein Geheimnis für die Menschen in der DDR. Die Tatsache, dass insbesondere die Hauptstadt eines Staates besonderer Förderung bedarf, schien den

meisten Menschen verständlich, dass aber die Sonderversorgung auf Kosten des ganzen Landes geschah, rief im Laufe der Siebziger- und Achtzigerjahre immer mehr Unmut hervor. Eine öffentliche Auseinandersetzung konnte es in einem repressiven Herrschaftssystem wie der DDR nicht geben, vor allem dann nicht, wenn die Ursachen im Handeln der Regierenden selbst begründet waren. Den Bürgern war jedoch vom Staat ein Mittel an die Hand gegeben worden, mit dessen Hilfe sie sich auf höchster Ebene Gehör verschaffen konnten: die Eingabe.



Archiv Zentralkonsum eG, 801/463

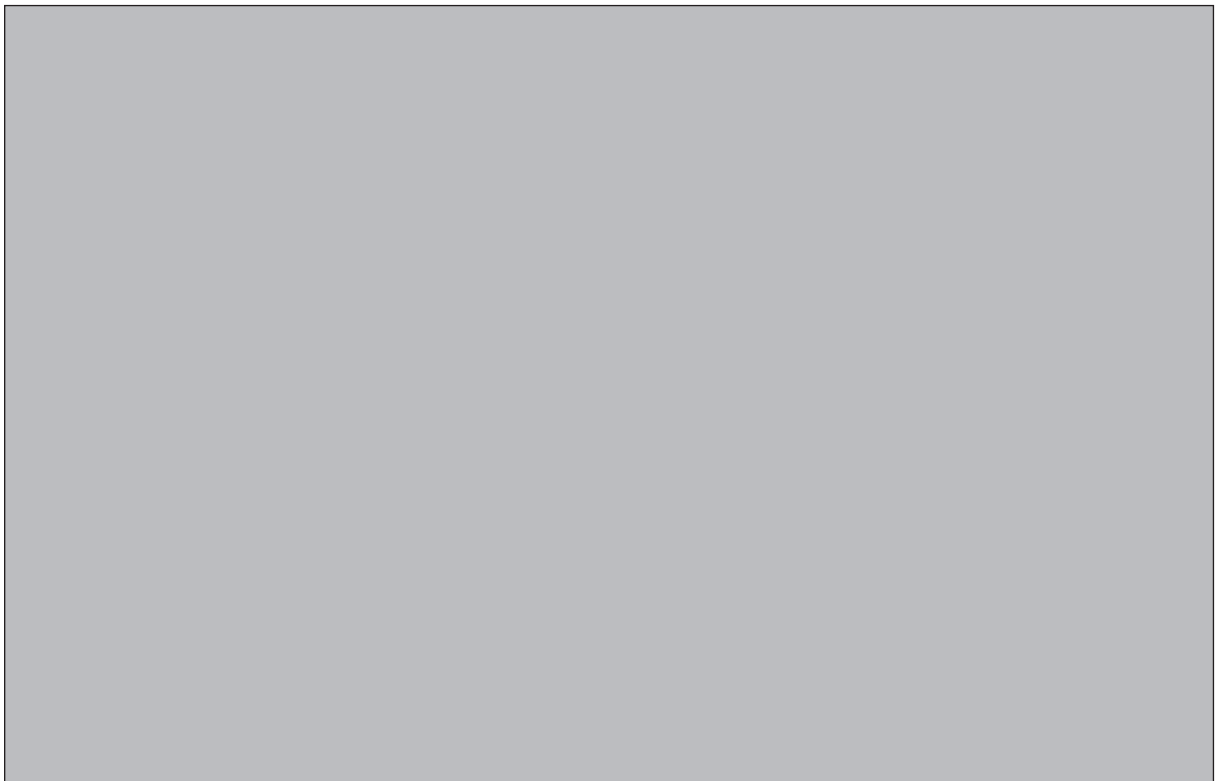
Modell-Verkaufseinrichtung auf der Messe Ratio72 in Leipzig 1972

Das Eingabewesen beruhte auf der Idee, der Bevölkerung die Möglichkeit individueller Meinungsäußerung in Form von Anliegen, Hinweisen oder Beschwerden zu geben, diese Petitionen aber immer unter staatlicher Kontrolle zu behalten. Damit folgten die Machthaber dem Beispiel der Sowjetunion, wo man bereits ab 1919 Beschwerdebüros eingerichtet hatte. Im Februar 1953 erließ die Regierung der DDR eine „Verordnung über die Prüfung von Vorschlägen und Beschwerden der Werktätigen“. Selbst in der Verfassung der DDR vom 6. April 1968 war das Recht auf Eingaben verankert:

„[Den Bürgern] darf aus der Wahrnehmung dieses Rechts [auf Verfassen einer Eingabe –

J.S.] kein Nachteil entstehen. Die für die Entscheidung verantwortlichen Organe sind verpflichtet, die Eingaben der Bürger oder der Gemeinschaften innerhalb der gesetzlich vorgeschriebenen Frist zu bearbeiten und den Antragstellern das Ergebnis mitzuteilen. (Art. 103)“

Die Zahl der Petitionen wuchs im Laufe der Jahre immer stärker an. In den Partei- und Staatsarchiven befinden sich heute mehr als eine Million Eingaben sowie die Ergebnisse ihrer bürokratischen Erfassung und Auswertung. Nimmt man alle an lokale, regionale und zentrale Institutionen gesendeten Eingaben zusammen, kommt man zu dem Schluss, dass – statistisch gesehen – jeder zweite DDR-



Ullsteinbild 00142282

Ausgebaute Küche am Prenzlauer Berg in Berlin 1983

Bürger mindestens einmal in seinem Leben eine Eingabe geschrieben hat. In der Regierungszeit Honeckers wurde die Mehrzahl der Eingaben an den Staatsrat gesandt, da man sich von der obersten Regierungsinstanz mehr Resonanz erhoffte als von örtlichen Institutionen. Aber auch die Redaktion der populären Fernsehsendung PRISMA – eine Art Verbrauchermagazin – erhielt unzählige Petitionen, deren Problempunkte sie zum Inhalt der Sendung machte und oft auch Lösungen anbieten konnte.

Jede Eingabe an staatliche Institutionen war, wie in der Verfassung schon manifestiert, von der jeweiligen Stelle auch zu beantworten. Dies geschah entweder schriftlich oder in Form einer Aussprache, welche entweder in der jeweiligen Behörde oder in der Wohnung des Petitionenten stattfand. Die Eingaben wurden statistisch erfasst, nach inhaltlichen Schwerpunkten, Bezirken und Erst- oder Zweiteingaben ausgewertet und als „Eingabenanalysen“ meist an den Generalsekretär übersandt. Gerade in den Achtzigerjahren, als die wirtschaftlichen Probleme und somit auch die Eingaben immer weiter anstiegen, wurden monatliche Analysen erstellt und am Ende des Jahres zusammengefasst. Zwischen 1972 und 1984 lag die Zahl der an den Staat gerichteten Eingaben aus allen Bezirken bei durchschnittlich 15.000 pro Jahr, bis 1988 stieg sie kontinuierlich auf rund 29.000 an, von Januar bis November 1989 wurden noch 23.000 Beschwerden verfasst.³² 1980 hatten mehr als 30 Prozent der Eingaben Wohnungsfragen zum Inhalt, Probleme im Bereich Handel/Versorgung wurden in jeweils fünf Prozent der Eingaben dargelegt.³³

Besonders bei den Themen Konsumgüterversorgung und Wohnungsbau bezogen sich die Verfasser oft auf die von ihnen empfundene Ungleichbehandlung.

„[...] Durch meine berufliche Tätigkeit komme ich in viele Orte und Städte unserer Republik. Was ich dort im Angebot sehe, und das in ausreichendem Maße, erweckt in mir den Eindruck, dass wir hier nur zum Arbeiten da sind und in anderen Gegenden die Bürger weitaus mehr haben als wir. Demzufolge gibt es in unserer Republik alles, jedoch die Verteilung ist wahrscheinlich nicht in Ordnung. Ich weiß, dass es für Sie nicht einfach ist, hier Veränderungen zu treffen, zumal die Versorgungslage in Berlin eine weitaus andere ist, als die, die ca. 300 km von Berlin entfernt liegt.[...]“³⁴

Diese Eingabe steht exemplarisch für unzählige Beschwerdebriefe aus der Bevölkerung: Zum einen thematisierten viele Bürger das Versorgungs- als Distributionsproblem. Die Waren seien in genügendem Maße vorhanden, allein die gerechte Verteilung auf die Regionen und Bezirke funktioniere noch nicht zur Zufriedenheit. Zum anderen äußerten sie Verständnis für diese Schwierigkeiten und für die exponierte Rolle der Hauptstadt. Die Antwort an Frau C. ist übrigens nicht bekannt. Ihre Eingabe an die Abteilung Frauen im ZK wurde von dort an die Abteilung Handel, Versorgung, Außenhandel weitergeleitet mit der Bitte, „generell zu prüfen, wie die verantwortlichen Genossen des Bezirkes diese Probleme in der Hand haben.“³⁵

Oft demonstrierten die Verfasser ihr „fachliches“ Wissen über volkswirtschaftliche Pro-

zesse und politische Beschlüsse. Vermutlich sollten damit Glaubhaftigkeit und Loyalität zum System, aber auch die Rechtfertigung der Eingabe ausgedrückt werden.

Herr R. nutzte seine Kenntnis der Parteitage-direktive zur Klärung von Widersprüchen, die seiner Meinung nach in den Beschlüssen zu finden waren:

„Unter III. Absatz 3 Konsumgüterproduktion steht u.a.: [...] die Produktion von Konsumgütern ist zu erhöhen, insbesondere an solchen Konsumgütern, nach denen bei der Bevölkerung große Nachfrage besteht. Auf das Konsumgut PKW ist aber nicht näher eingegangen. Danach besteht aber bei der Bevölkerung eine riesengroße Nachfrage, denn es gibt kein anderes Produkt mit Wartezeiten bis zu 13 Jahren, die dabei noch im Steigen begriffen sind. Andererseits werden Importe aus dem NSW [also aus dem Westen – J.S.], die diese Wartezeiten offensichtlich verkürzen sollen, ausschließlich im Berliner Raum angeboten, obwohl hier schon allgemein kürzere Wartezeiten bestehen als in den übrigen Bezirken. Über eine derartige Bevorzugung ist aber in der Direktive des X. Parteitags nichts zu lesen.“³⁶

Damit hatte Herr R. zweifellos recht, da er nur die offiziellen Dokumente kannte. Interne Direktiven des Ministeriums für Handel und Versorgung hingegen legten fest, dass zur „Durchsetzung der Beschlüsse zur weiteren Entwicklung der Hauptstadt als politisches, wirtschaftliches und kulturelles Zentrum der DDR“ alle Warenfonds, Neu- und Weiterentwicklungen „vorrangig“ in Berlin zu konzentrieren seien.³⁷ Herr R. musste sich deshalb mit

der lakonischen Antwort begnügen: „Zur Versorgung der Bevölkerung mit PKW liegen zentrale Entscheidungen vor.“³⁸ Die Bevorzugung der Hauptstadt mit Automobilen war auch für Günter Ö. Anlass, eine Eingabe zu verfassen, die er an Honecker persönlich sendete. Herr Ö. hatte erfahren, dass westdeutsche PKW vom Typ „VW Golf“ für den Vertrieb freigegeben worden seien. Er bat daraufhin in einem Schreiben an den VEB IFA-Vertrieb in Berlin-Oberschöneweide, ihm einen solchen Wagen „zum Kauf zu übergeben.“ Zwei Wochen später hatte ihm das Auslieferungslager mitgeteilt, dass diese PKW nur für die Hauptstadt vorgesehen seien.

„Mit einer solchen Belieferungsweise und einer solchen Haltung kann ich mich nicht einverstanden erklären, schon deshalb nicht, weil ja das gesellschaftliche Gesamtprodukt in der DDR von allen Werktätigen unseres Staates erarbeitet wird. Ich habe auch dafür kein Verständnis, dass ich deshalb einen solchen PKW nicht erhalten soll, weil ich nicht in Berlin wohne oder wie soll ich eine Haltung Berliner Institutionen sonst verstehen?“³⁹

Am Schluss seiner Eingabe zollte Herr Ö. den wirtschaftlichen Errungenschaften der DDR Respekt, vielleicht, um den empörten Ton seiner Beschwerde abzumildern: „Das Wirken der ökonomischen Gesetze in unserem Staat ist doch wissenschaftlich nachgewiesen und zeugt doch auch von einer hohen Anerkennung und Wertschätzung unseres Landes in der Welt.“

Ungerechtigkeiten beim Verkauf des Konsumguts Nummer Eins wurden auch von

Bewohnern der Wismutbezirke nicht kommentarlos hingenommen. In einer Gemeinschaftseingabe entrüsteten sich zwei Gartenachbarn aus Weida und Ronneburg über die langen Wartezeiten:

„Uns ist bekannt, daß Bestellungen in anderen Kreisen (z. B. Gera-Stadt) wesentlich schneller realisiert werden, und wir können dazu konkrete Fälle nachweisen, in denen sich die Wartezeiten 1 ½ Jahre und mehr unterscheiden, von Bestellern über die SDAG Wismut ganz abgesehen. Wir erbitten von Ihnen Bescheid, womit derartige Ungerechtigkeiten glaubhaft begründet werden und erwarten die Mitteilung eines konkreten Auslieferungstermins.“⁴⁰

Der forsche Ton zeigte Wirkung. Nur 10 Tage später erhielten die Petitionen vom Rat der Stadt Weida den Bescheid, dass sie im vierten Quartal des Jahres mit der Auslieferung eines „Trabant“ rechnen könnten.

Die unzureichende Versorgung der Bezirke mit Nahrungsmitteln, vor allem mit Obst und Gemüse, war ein in Beschwerden ständig thematisiertes Problem. Karla J. aus Dobra nutzte die Vorbereitungen auf den XI. Parteitag 1986, um einen „Antrag“ zu stellen und ihrer Empörung über die mangelnde Bereitstellung von Südfrüchten Luft zu machen.

„Ich beantrage zum XI. Parteitag der SED, dass die Landbevölkerung besser mit Obst und

Archiv Zentralkonsum eG, 5 1979

Und wo sind die Südfrüchte? Obst- und Gemüsemarkt in Frankfurt/Oder 1979

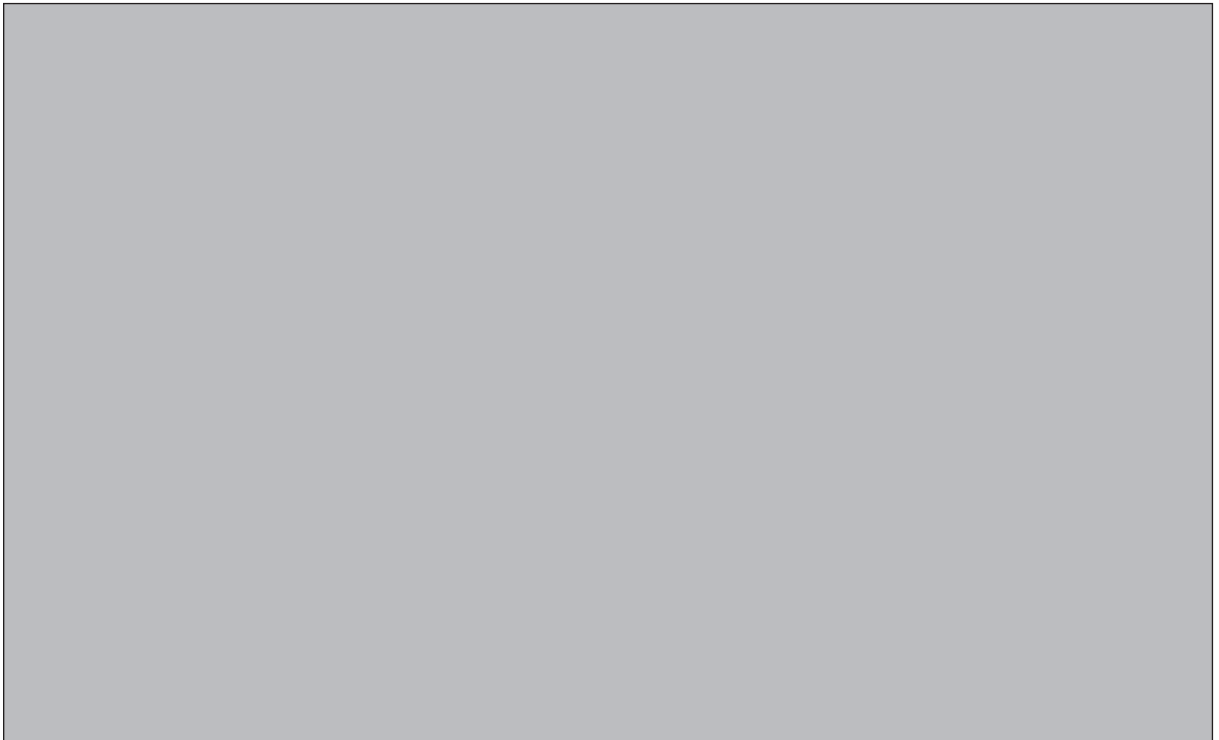
Gemüse versorgt wird. Begründung: Von Januar bis November 1985 hat es bei uns auf dem Dorf keine Bananen, keine Aprikosen, keine Pfirsiche, geschweige denn Weintrauben gegeben. Die Devise, dass das Dorf für sich selbst aufkommen soll, ist nun einmal bei Südfrüchten nicht möglich. Unsere Kinder sollen die Südfrüchte nicht nur von Fotos kennen! Außerdem mußten wir noch erfahren, dass in Berlin die Aprikosen stiegenweise verfaulen, so ist da etwas nicht in Ordnung.“⁴¹

Frau J. zeigte weder Verständnis für die schwierigen Verteilungsprozesse, wie Edith C., noch bezeugte sie generell Treue und Respekt für den Staat. Ihre Kritik gipfelte in der Frage: „Die Politik dringt auch bis in den kleins-

ten Ort vor. Warum geht es mit anderen Dingen nicht?“ Die gebetsmühlenshafte Argumentation der Abteilung Handel, Versorgung, Außenhandel konnte die Empörung der Antragstellerin sicherlich nicht mildern:

„Die Versorgung mit Pfirsichen, Aprikosen und Weintrauben erfolgt auf der Grundlage des Planes und der mit den sozialistischen Ländern geschlossenen Verträge. In Abhängigkeit vom jeweiligen Erntezeitraum und den Lieferterminen erfolgt das Angebot in allen Bezirken und Kreisen.“⁴²

Um die unbefriedigende Versorgung mit Südfrüchten, insbesondere vor den Weihnachtstagen, deutlich zu machen, beließ es Roland



Ullsteinbild 00664047

Versorgungseinrichtung für Kleingärtner, Siedler, Züchter und Hobbyfreunde in ländlichen Gemeinden in Bartocha, Neubrandenburg, 1984

H. aus Königsee nicht nur bei einer schriftlichen Beschwerde. Seiner Eingabe an den Generalsekretär lag eine halbe, stark verschimmelte Orange⁴³ bei. Die war der Überrest der einzigen Orange, die der Tochter Herrn Hs., wie jedem Kind des Ortes, für die Weihnachtszeit 1984 zugeteilt worden war:

„Leider müssen wir feststellen, dass die Versorgungssituation diesbezüglich vor allem für kleinere Ortschaften katastrophal ist. Aus eigener Erfahrung wissen wir jedoch, dass dies in Großstädten nicht der Fall ist. Heute wollten wir die Apfelsine unserer Tochter geben, mußten nun aber auch noch feststellen, dass diese fast völlig ausgetrocknet und ungenießbar war.“⁴⁴

Eine Antwort auf die Eingabe ist nicht bekannt. Vermutlich informierte man Herrn H. jedoch nicht darüber, dass zu Weihnachten 1984, bei gleich bleibender Importmenge, 2.000 Tonnen Orangen mehr an die Hauptstadt der DDR verteilt worden waren.

In einem Bericht an Honecker über die Eingabenauswertung des Jahres 1983 wurde festgestellt, dass die dringendsten Fragen und Probleme im Bereich des Wohnungsbaues zu finden seien.⁴⁵ Obwohl die Anzahl der Eingaben zu diesem Problem im Vergleich zum Vorjahr um einige Prozentpunkte gesunken war, machten Wohnungsfragen immer noch einen Anteil von 34 Prozent am Gesamtumfang der Beschwerdebriefe aus. Allerdings, so resümierte der Berichterstatte, würdige die Bevölkerung die Leistungen der Bauschaffenden und deren „verstärkte Anstrengungen bei der Werterhaltung [von Altbausubstanz – J.S.]“.

Auch der „konzentrierte und zügige Aufbau von Berlin“ finde Verständnis und Zustimmung der Menschen.⁴⁶ Das war im Kern zwar richtig, dennoch wollten sich die Menschen in der „Provinz“ mit ihren Sorgen nicht vergessen fühlen. Die Erhaltung von Altbausubstanz war ein wesentliches Problem im Wohnungsprogramm der DDR, mit dem auch ein Mieter aus Naumburg konfrontiert war. Wolfgang K. erläuterte in einem „Antrag“ an den XI. Parteitag ausführlich, mit welchen Schwierigkeiten die Sanierung seiner Altbauwohnung verbunden war, und welche Anstrengungen ihn der Einbau eines Badezimmers gekostet hatte. Auf seine an örtliche Behörden verfassten Beschwerden über unzuverlässige Bauleute, schlechte Qualität der Arbeit und Materialmangel hatte man ihm geantwortet, dass der größte Teil der Baukapazitäten, Ausrüstung, Material und Facharbeiter, in Berlin eingesetzt seien.

„Bei allem Verständnis dafür, dass die Republik einer repräsentativen Hauptstadt bedarf, darf m.E. Parteiführung und Regierung nicht außer Acht lassen, dass in der ‚Provinz‘ auch Menschen wohnen.

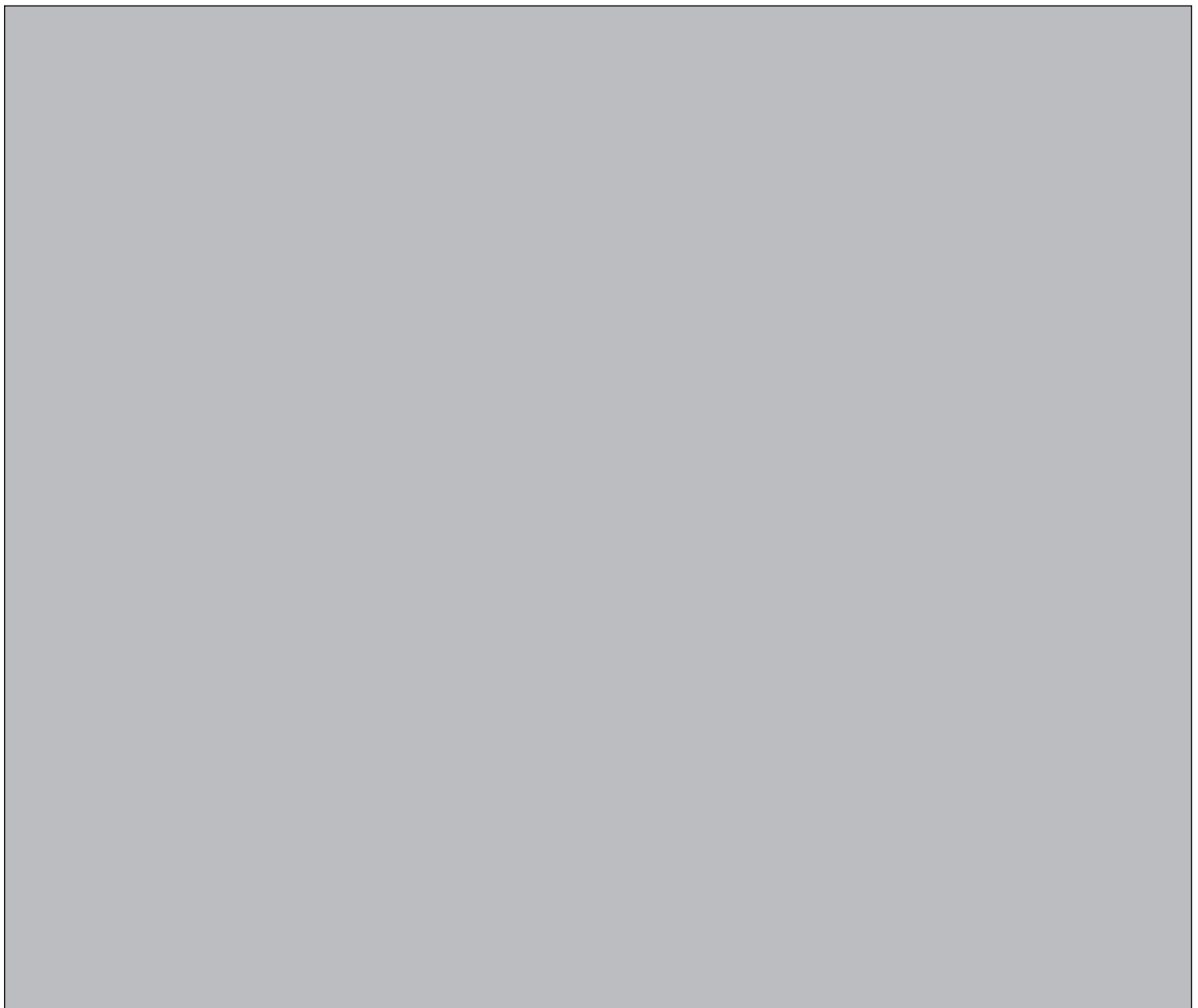
Es dürfen also nicht die Mehrzahl aller Maßnahmen, Bau- sowie Versorgungsprobleme, zugunsten Berlins und zu Lasten der ‚übrigen Republik‘ gestaltet werden.

Es kann also die Bürger der Städte und Kreise nicht erfreulich stimmen, wenn Gen. Harry Tisch zum 1. Mai 85 in seiner Rede in Berlin betont: ‚Berlin ist eine einzige Baustelle mit Bauleuten aus der ganzen Republik‘, wenn wir darüberhinaus nicht in der Lage sind, die dringendsten Reparaturmaßnahmen an der Altbausubstanz in der Republik vorzunehmen.“⁴⁷

Charakteristisch für die Mehrzahl der Eingaben aus den Bezirken der DDR sind Enttäuschung und Empörung, vor allem aber das Gefühl, vernachlässigt zu werden. Die Beschwerdeführer verorteten sich meist selbst in der „Provinz“, die für sie offensichtlich mit dem Glanz der Hauptstadt nichts gemein hatte. Trotzdem behaupteten sie ihr Recht auf den gleichen Lebensstil wie die Bürger in Berlin. Ilona H. aus Cottbus versuchte im Spätsom-

mer 1986 ohne Erfolg, eine Wohnzimmerschrankwand zu erstehen. Die Händler verwiesen darauf, dass das von ihr favorisierte Modell nur noch für den Export und für Berlin hergestellt würde.

Nachdem sie ihre Odyssee auf der Suche nach einer Schrankwand geschildert hatte, insistierte Frau H. auf die Gleichberechtigung aller Bürger: „Bei allem Respekt für die o.g. Liefe-



Archiv Zentralkonsum eG, 15 b

Beliebt und begehrt: Die Wohnzimmerschrankwand. Beratungsgespräch im Konsument-Warenhaus Leipzig-Brühl, vermutlich in den Achtzigerjahren

rungen, aber auch wir in der Provinz möchten gern schön wohnen.“⁴⁸

Das Recht auf Gleichbehandlung spielte eine ebenso große Rolle wie der Verweis auf die Tatsache, dass die Arbeitsproduktivität von *allen* Menschen des Landes geleistet werde und sich dies auch auf die Versorgung niederschlagen solle.

„Aber wir sind doch wohl als Bürger in unserer DDR gleich, weil wir alle eine gemeinsame Aufgabe haben und jeder an seinem Arbeitsplatz seine ganze Kraft für die Stärkung unserer Republik einsetzt.“⁴⁹

Alle Bürger, die an der Verwirklichung der „gesamtgesellschaftlichen Aufgaben“ beteiligt waren, sollten „die Vorzüge unserer soz. Gesellschaftsordnung genauso genießen, wie die Berliner.“⁵⁰ Was Frau H. oder Herr K. in ihren individuellen Alltagserfahrungen spürten, wurde auf höchster Ebene bestätigt. 1982 nämlich stellte Gerhard Schürer, Leiter der Staatlichen Plankommission (SPK), ein „zunehmendes Niveaugefälle“ in der Versorgung der „Schwerpunktbereiche“ und dem „übrigen Territorium“ fest. Maßgeblich verantwortlich waren Lieferschwierigkeiten in den „Verbrauchscomplexen“ Fett, Genussmittel, Fisch und Fleisch, die eine Reduzierung des Warenfonds nötig machten. Auswirkungen dieses Engpasses auf die „versorgungspolitische Rangfolge“ mussten Schürer zufolge unbedingt vermieden werden – was bedeutete,

dass sowohl die Hauptstadt als auch ausgewählte „Arbeiterzentren“ im üblichen Maße versorgt wurden, es für die „Provinz“ aber nicht mehr reichte.⁵¹ Das Gefühl von Vernachlässigung und Ungleichbehandlung mündete für Roland H. – den Absender der verschimmelten Apfelsine – in eine Forderung, der sich vermutlich viele Bewohner der Bezirke, vor allem der ländlichen Gebiete, anschließen konnten:

„Sind wir Menschen zweiter Klasse in den Dörfern, dass für uns das letzte gut genug ist? Wir arbeiten wie viele Werktätige unseres Landes tagtäglich im Betrieb für das Wohl des Volkes und leisten Qualitätsarbeit: Dafür wollen wir aber auch wirklich mal QUALITÄT kaufen!!!“⁵²

Die Eingabenpraxis der DDR entwickelte sich zu einer „institutionalisierten Meckerkultur“ (Jochen Staadt), da sie die einzige Möglichkeit der Auseinandersetzung mit bestehenden Problemen darstellte. Durch sie war die Regierung mit der Situation im Land konfrontiert und konnte mithin nicht behaupten, nichts gewusst zu haben. Eingaben waren zwar nicht immer wirkungslos, viele der geschilderten Missstände konnten behoben oder verbessert werden. Eine wirkliche Auseinandersetzung der Regierung mit den Ursachen, aus denen die Eingabenfülle resultierte, fand jedoch nicht statt. Die Ineffizienz des Planwirtschaftssystems wurde verdrängt und die Sonderversorgung folgte einer politischen Räson, die nicht angezweifelt werden durfte.

Schlusswort

Trotz fortwährender Bemühungen der Machthaber konnte die Versorgungslage in der DDR nie zur Zufriedenheit der Menschen verbessert werden. Dies war zum einen dem Diktum der Sowjetunion geschuldet, von der die DDR nicht nur politisch, sondern auch wirtschaftlich abhängig war. Dazu kam der Vergleich mit der westlichen Konsumkultur. Die DDR sollte zwar als „Schaufenster des Ostblocks“ den Sieg des Sozialismus symbolisieren und war, verglichen mit anderen sozialistischen Staaten, konsumtechnisch recht gut aufgestellt. Aber der Blick auf das andere Deutschland, der durch Fernsehen, West-Besuche und Geschenke immer möglich war, forderte den Staat zu ständigen Leistungsvergleichen.

Dieser Kampf war nicht zu gewinnen. Um die Konsumwünsche der Bürger befriedigen zu können, stürzte sich die Regierung der DDR in immer höhere Schulden. Bis zum Jahr 1989 lag die Auslandsverschuldung bei ca. 21 Milliarden Valuta-Mark. Diese Summe brachte die kleine DDR doch erheblich ins Wanken. Führende Wirtschaftskader wie Chefplaner Gerhard Schürer warnten noch kurz vor dem Mauerfall, das Lebensniveau der Bevölkerung werde um bis zu 30 Prozent sinken, wenn die Regierung nicht bald straffe Maßnahmen ergriffe. Er dachte deshalb sogar über eine Konföderation mit der Bundesrepublik nach. Die Ereignisse des 9. November und die Öffnung der deutsch-deutschen Grenze kamen

den Machthabern zuvor. Doch es ist ohnehin fraglich, wie wirksam die verkrustete und realitätsferne Staatsführung zu diesem Zeitpunkt noch auf die dringlichen ökonomischen Probleme hätte reagieren können. Zweifellos war das weitschweifige und von politisch-ideologischen Prioritäten getragene Netz der Sonderversorgung für den Zusammenbruch der DDR-Wirtschaft bzw. des gesamten Staates mitverantwortlich. Ausschlaggebend aber blieb der Fehler im System selbst. Eine Planwirtschaft, die von einer kleinen Machtelite gelenkt wird und ökonomische Kriterien der politischen Doktrin opfert, musste scheitern. Hinzu kam der von den greisen Genossen im Politbüro stets ignorierte psychologische Effekt: Milliardeninvestitionen in die Hauptstadt, fehlende Kapazitäten in den Bezirken und die Konzentration wertvoller Ressourcen auf ausgewählte Bereiche verschoben die Maßstäbe und führten zu himmelschreienden Ungerechtigkeiten in einem Staat, der doch eigentlich die Gleichheit aller sozialen Schichten in seinem Gesellschaftsmodell vorsah. Neben den alltäglichen Repressionen, der beinahe totalen Überwachung durch die Staatssicherheit und der Einschränkung elementarer Freiheiten trug auch das verteilungspolitische „Zweiklassensystem“ dazu bei, dass sich die Bürger des SED-Staats ihrer Machthaber in einer friedlichen Revolution entledigten.

Abkürzungsverzeichnis

| | |
|----------|--|
| Art. | Artikel |
| BArch | Bundesarchiv |
| BL | Bezirksleitung |
| BRD | Bundesrepublik Deutschland |
| DDR | Deutsche Demokratische Republik |
| EVP | Endverbraucherpreis |
| FDGB | Freier Deutscher Gewerkschaftsbund |
| FDJ | Freie Deutsche Jugend |
| Genex | Geschenkdienst- und Kleinexporte GmbH |
| GHK | Großhandelskombinat |
| GmbH | Gesellschaft mit beschränkter Haftung |
| HO | Handelsorganisation |
| Ifa | Industrieverband Fahrzeugbau |
| KSZE | Konferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa |
| MHV | Ministerium für Handel und Versorgung |
| ND | Neues Deutschland |
| NSW | Nichtsozialistisches Währungsgebiet |
| NVA | Nationale Volksarmee |
| PKW | Personenkraftwagen |
| RdB | Rat des Bezirkes |
| SAG | Sowjetische Aktiengesellschaft |
| SAPMO | Stiftung Archiv der Parteien und Massenorganisationen in der DDR |
| S-Bedarf | Sonderbedarf |
| SBZ | Sowjetische Besatzungszone |
| SDAG | Sowjetisch-Deutsche Aktiengesellschaft |
| SED | Sozialistische Einheitspartei Deutschlands |
| SGB | Sozialistischer Großhandelsbetrieb |
| SMAD | Sowjetische Militäradministration in Deutschland |
| SPK | Staatliche Plankommission |
| ThStARud | Thüringisches Staatsarchiv Rudolstadt |
| UdSSR | Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken |
| UNO | United Nations Organization |
| USA | United States of America |
| VdK | Verband der Konsumgenossenschaften |
| VEB | Volkseigener Betrieb |
| VHB | Volkseigene Handelsbetriebe |

| | |
|--------|--|
| VM | Valutamark |
| Vorl. | Vorläufig |
| WBDJ | Weltbund der Demokratischen Jugend |
| WBK | Wohnungsbaukombinat |
| ZHU | Zentrales Handelsunternehmen |
| ZK | Zentralkomitee |
| ZV IGW | Zentralvorstand der Industriegewerkschaft Wismut |
| ZWK | Zentrales Warenkontor |

Anmerkungen

- 1 Scherzer, Landolf: Der Erste. Eine Reportage aus der DDR, Berlin 1997, S. 179.
- 2 BArch, DL 1/3007 (MHV), „Vorlage für die Dienstbesprechung beim Minister für Handel und Versorgung. Stand, Probleme und Lösungswege für die Schwerpunktversorgung“, 28.10.1971, S. 2.
- 3 SAPMO-BArch, DY 30/vorl. SED/36656, „Konzeption zur Intensivierung im konsumgenossenschaftlichen Handel für den Zeitraum 1981 bis 1985“, o. Datum, S. 19.
- 4 SAPMO-BArch, DY 30/J IV 2/2A/2579 (Arbeitsprotokolle des ZK der SED, Politbüro), „Vorlage für das ZK der SED: Konzeption und Maßnahmen zur Entwicklung der Versorgung der Bevölkerung mit Delikaterzeugnissen in den Jahren 1984 und 1985“, 28.6.1983, S. 9.
- 5 Naumann, Friedrich: Zu den Aufgaben bei der weiteren Entwicklung der Hauptstadt der DDR – Berlin, Berlin 1976, S. 5.
- 6 SAPMO-BArch, DY 30/vorl. SED/17050/1, Versorgungskommission des Magistrats von Groß-Berlin: „Maßnahmeplan zur Sicherung der Versorgung in der Hauptstadt Berlin für den Reise- und Besucherverkehr vom 29.3. bis 5.4.1972“, 25.2.1972, S. 9.
- 7 SAPMO-BArch, DY 30/vorl. SED/17050/1, Sektor Handel: „Information für Genossen Weiß“, 13.4.1972, unpag.
- 8 Naumann: Aufgaben (wie Anm. 5).
- 9 Sindermann, Horst: Direktive des IX. Parteitages der SED zum Fünfjahrplan für die Entwicklung der Volkswirtschaft in den Jahren 1976-1980, in: Protokoll der Verhandlungen des IX. Parteitages der SED, Berlin (Ost) 1976, S. 401.
- 10 SAPMO-BArch, DY 30/vorl. SED/37966, Abteilung Handel, Versorgung, Außenhandel: „Information zum Verkauf neu entwickelter Sportschuhe in der Hauptstadt Berlin“, 24.11.1983, unpag.
- 11 SAPMO-BArch, DY 30/vorl. SED/37973, „Entwicklung der Versorgung der Bevölkerung und des Handels 1981-1985 in Berlin, Hauptstadt der DDR“, o.D., S. 7. Vgl. Statistisches Jahrbuch der DDR 1990, hrsg. v. Statistischem Amt der DDR, Berlin 1990.
- 12 Ebd.
- 13 SAPMO-BArch, DY 30/vorl. SED/20235/1, „Anzahl der Beschäftigten in Exquisit- und Delikat-Verkaufsstellen“, 2.3.1978, unpag.
- 14 Die Belegschaftsgröße befand sich zu dieser Zeit auf einem Rekord-Hoch, pegelte sich aber im Laufe der Fünfziger- und Sechzigerjahre auf ca. 45.000 Mitarbeiter ein.
- 15 Alle mit einem * gekennzeichneten Namen wurden geändert. Namensübereinstimmungen sind rein zufällig. Die Zeitzeugenaussagen gehen auf Interviews zurück, die die Autorin zwischen 2005 und 2006 mit ehemaligen Wismutangehörigen führte.
- 16 Wismut GmbH (Hrsg.): Chronik der Wismut (CD Rom), 2001.
- 17 SAPMO-BArch, DY 52/1861, ZV IGW, „Arbeitsrichtlinien für die Untertageversorgung in den Schächten der SDAG Wismut“, 20.11.1957, S. 1.
- 18 SAPMO-BArch, DY 52/1723 (ZV IGW), „Analyse zum Planablauf der Handelsorganisation Wismut-Handel für das Planjahr 1969“, 4.9.1970, S. 15. SAPMO-BArch, DY 52/1724 (ZV IGW), „Analyse zum Planablauf im Wismut-Handel für das Jahr 1978“, 12.3.1979, S. 2.
- 19 SAPMO-BArch, DY 52/103 b (ZV IGW). Sekretariatsitzung am 22. Februar 1952, Beschlussprotokoll 8/52, S. III.
- 20 SAPMO-BArch, DY 52/1724, ZV IGW, „Analyse zum Planablauf im Wismut-Handel für das Jahr 1975“, S. 3 f.
- 21 Abkommen zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Regierung der Union der sozialistischen Sowjetrepubliken über die Beendigung der Tätigkeit der Sowjetisch-deutschen Aktiengesellschaft Wismut; unterzeichnet in Chemnitz am 16. Mai 1991 vom Bundeswirtschaftsminister Jürgen W. Möllemann und dem sowjetischen Atomminister Konowalow, Bundesgesetzblatt II, Nr. 13 vom 17. Dezember 1991, S. 1138-1140, Bonn.
- 22 SAPMO-BArch, DY 30/vorl. SED/14329/1, Staatliche Versorgungskommission: „Bericht über den Stand der Vorbereitung der Versorgung zu den X. Weltfestspielen“, 6.11.1972, S. 1.

-
- 23 SAPMO-BArch, DY 30/vorl. SED/18052, Parteistab des ZK X. Festival: „Information an das Politbüro“, 31.8.1973, S. 3.
- 24 Alle Zitate in: Rossow, Ina: „Rote Ohren, roter Mohn, sommerheiße Diskussion“. Die X. Weltfestspiele der Jugend und Studenten 1973 als Möglichkeit für vielfältige Begegnungen, in: Fortschritt, Norm und Eigensinn. Erkundungen im Alltag der DDR, hrsg. vom Dokumentationszentrum Alltagskultur der DDR, Berlin 1999, S. 257-275.
- 25 Zit. nach: Ecker, Sonja: Die 750-Jahr-Feiern Berlins 1987. Vorbereitung, strategische Ziele und Berlin-Bild in Ost und West, Berlin 2001, S. 24.
- 26 SAPMO-BArch, DY 30/vorl. SED/38079, „Information über den Stand der Verwirklichung des Programms zum 750. Jahrestag von Berlin“, 6.1.1987, S. 2.
- 27 Ebd.
- 28 Unter den „1000 kleinen Dingen“ verstand man kleine, aber für den Alltag unerlässliche Konsumgüter wie Dosenöffner, Eierbecher, Schnürsenkel, Wäscheklammern u.ä.
- 29 SAPMO-BArch, DY 30/vorl. SED/36824, „Auszug aus dem Beschluss 750-Jahr-Feier Berlin vom 14. Mai 1986“, o.D., unpag.
- 30 SAPMO-BArch, DY 30/vorl. SED/38008, Rat des Bezirkes Rostock an den Stellvertreter des Ministers für Handel und Versorgung vom 21.11.1986, unpag.
- 31 Scherzer: Der Erste, S. 207.
- 32 SAPMO-BArch, DY 30/2589, Eingabenanalyse von 1980, unpag. und SAPMO-BArch, DY 30/2690, Eingabenanalyse von 1989, unpag.
- 33 SAPMO-BArch, DY 30/2589, „Information über eingegangene Eingaben im 1. Halbjahr 1980 an Genossen Erich Honecker“, 15.8.1980, unpag.
- 34 SAPMO-BArch, DY 30/vorl. SED/16933, Eingabe von Edith C, Eibenstock, an die Abteilung Frauen des ZK, 17.7.1975, unpag.
- 35 Ebd.
- 36 SAPMO-BArch, DY 30/vorl. SED/31755, Eingabe von Gunter R., Dresden, an das ZK der SED, 27.6.1981, unpag.
- 37 SAPMO-BArch, DY 30/vorl. SED/37973, „Entwicklung der Versorgung der Bevölkerung und des Handels 1981-1985 in Berlin, Hauptstadt der DDR“, o.D., S. 3.
- 38 SAPMO-BArch, DY 30/vorl. SED/31755, Standpunkt der Abteilung Handel, Versorgung, Außenhandel zur Eingabe von Gunter R., 9.7.1981, unpag.
- 39 SAPMO-BArch, DY 30/3275, Eingabe von Günter Ö., Plauen, an das Büro Honecker, 8.6.1978, unpag.
- 40 ThStARud, Bezirkstag und RdB Gera, 2612, Eingaben an den RdB Gera, Abt. Handel und Versorgungskontor, 8.8.1977, unpag.
- 41 SAPMO-BArch, DY 30/vorl. SED/37965, Eingabe von Karla J., Dobra an das Ministerium für Handel und Versorgung, 2.11.1985, unpag.
- 42 Ebd.
- 43 Stadt, Jochen: Eingaben. Die institutionalisierte Meckerkultur in der DDR, Berlin 1996, S. 54.
- 44 Roland H. aus Königsee, in: Stadt: Eingaben, S. 54.
- 45 SAPMO-BArch, DY 30/2590, „Information über eingegangene Eingaben im 2. Halbjahr 1983 an Genossen Erich Honecker“, 20.2.1984, unpag.
- 46 Ebd.
- 47 SAPMO-BArch, DY 30/vorl. SED/37965, Eingabe von Wolfgang K., Naumburg, 22.5.1985, unpag.
- 48 SAPMO-BArch, DY 30/vorl. SED/37988, Eingabe von Ilona H., Cottbus, in: „Information über die Schwerpunkte der im Monat Mai 1987 an das Ministerium für Handel und Versorgung gerichteten Eingaben“, o.D., unpag.
- 49 Eingabe von Edith C. (wie Anm. 34).
- 50 Eingabe von Wolfgang K. (wie Anm. 47).
- 51 SAPMO-BArch, DY 30/vorl. SED/31793, „Zur Versorgung im Jahre 1982“, o.D., S. 1-4.
- 52 Roland H., in: Stadt: Eingaben, S. 54 (Hervorheb. durch Roland H.).
-

Literatur

Ecker, Sonja: Die 750-Jahr-Feiern Berlins 1987. Vorbereitung, strategische Ziele und Berlin-Bild in Ost und West, Berlin 2001.

Kaminsky, Annette: Illustrierte Konsumgeschichte der DDR, Erfurt 1999.

Dies.: Kaufrausch. Die Geschichte der ostdeutschen Versandhäuser, Berlin 1998.

Karlsch, Rainer: Uran für Moskau. Eine populäre Geschichte, Berlin 2007.

Merkel, Ina: Utopie und Bedürfnis. Die Geschichte der Konsumkultur in der DDR, Köln/Weimar/Wien 1999.

Dies. (Hrsg.): „Wir sind doch nicht die Meckerecke der Nation!“ Briefe an das DDR-Fernsehen, Köln 1998.

Pirker, Theo/Lepsius, Rainer/Weinert, Rainer/Hertle, Hans-Hermann (Hrsg.): Der Plan als Befehl und Fiktion. Wirtschaftsführung in der DDR. Gespräche und Analysen, Opladen 1995.

Rossow, Ina: „Rote Ohren, roter Mohn, sommerheiße Diskussion“. Die X. Weltfestspiele der Jugend und Studenten 1973 als Möglichkeit für vielfältige Begegnungen, in: Fortschritt, Norm und Eigensinn. Erkundungen im Alltag der DDR, hrsg. vom Dokumentationszentrum Alltagskultur der DDR, Berlin 1999, S. 257-275.

Scherzer, Landolf: Der Erste. Eine Reportage aus der DDR, Berlin 1997.

Stadt, Jochen: Eingaben. Die institutionalisierte Meckerkultur in der DDR, Berlin 1996.

Steiner, André: Von Plan zu Plan. Eine Wirtschaftsgeschichte der DDR, Berlin 2007.

Wunderwirtschaft. DDR-Konsumkultur in den Sechziger Jahren, hrsg. von der Neuen Gesellschaft für Bildende Kunst, Köln/Weimar/Wien 1996.
